

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2018–2022

34. Sitzung vom 2. Februar 2022, 19.00 Uhr

Zurich International School, Eichenweg 2, 8134 Adliswil

Anwesend	Simon Schanz	Präsident
	Sait Acar	Florian Kälin
	Harry Baldegger	Urs Künzler
	Angela Broggini	Wolfgang Liedtke
	Reto Buchmann	Gabriel Mäder
	Vera Buchmann	Heinz Melliger
	Hanspeter Clesle	Kannathasan Muthuthamby
	Bernie Corrodi	Marianne Oswald
	Daniela Eggenberger	Martin Rüttimann
	Pascal Engel	Daniel Schneider
	Xhelajdin Etemi	Mario Senn
	Daniel Frei	Angelika Sulser
	Hedwig Habersaat	Christian Titus
	Silvia Helbling	Urs Weyermann
	Sebastian Huber	Katharina Willimann
	Thomas Iseli	Walter Uebersax
	Renato Jacomet	Esen Yilmaz
Abwesend	Ann-Kathrin Biagioli	Patrick Sager
	Erwin Lauper	
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Marion Gass	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Susy Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport

	Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
	Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte
Abwesend	Renato Günthardt	Soziales
	Karin Fein	Finanzen
	Felix Keller	Bau und Planung
Stadtschreiber	Thomas Winkelmann	

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Fragestunde

3. Strategie Wirtschaftsförderung Adliswil (GGR-Nr. 2021-313)

Antrag der Sachkommission vom 17. Januar 2022

4. Pilotversuch einer Tagesschule in Adliswil (GGR-Nr. 2021-282)

Motion von Katharina Willimann (SP), Sait Acar (SP), Wolfgang Liedtke (SP) und Mitunterzeichner vom 22. September 2021

5. Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten (GGR-Nr. 2021-272)

Postulat von Mario Senn (FDP), Sebastian Huber (SVP), Daniel Frei (FW) und Hanspeter Clesle (EVP) vom 2. September 2021

6. Ist Adliswil bald zugebaut? (GGR-Nr. 2021-308)

Interpellation von Marianne Oswald (GP), Daniel Schneider (GP) und Angela Brogini (GP) vom 24. November 2021

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Simon Schanz

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 34. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2018–2022.

Die Sitzung ist eröffnet.

Gibt es aus Ihren Reihen Änderungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats drei Entschuldigungen vor. Es sind somit 33 Ratsmitglieder anwesend. Der Stadtrat verzeichnet ebenfalls drei Absenzen.

Zuweisung von Vorlagen

An die Sachkommission

- Vorlage GGR-Nr. 2021-310; Entschädigungserlass (EntschE); Anpassung Krankentaggeldversicherung FriedensrichterIn
- Vorlage GGR-Nr. 2021-313; Strategie Wirtschaftsförderung, Adliswil; Festsetzung

An die Rechnungsprüfungskommission:

- Vorlage GGR-Nr. 2021-311; Neubau Schulanlage Wilacker; Kreditabrechnung
- Vorlage GGR-Nr. 2021-312; Neubau Kindergarten Werd, Kreditabrechnung

Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadträtin Susy Senn zum Thema "Defibrillatoren Eintragung auf defikarte.ch"

Am 7. April 2021 hat Florian Kälin gefragt, ob sich der Stadtrat vorstellen könne, den Standort der städtischen Defibrillatoren auf der Webseite www.defikarte.ch einzutragen. Ich habe damals geantwortet, dass wir uns dies nach dem Umzug der Stadtverwaltung vorstellen können. Inzwischen ist der Umzug vollzogen und ich kann Ihnen heute mitteilen, dass die stadteigenen Geräte erfasst, und mit dem entsprechenden Hinweis auf die Öffnungszeiten der entsprechenden Gebäude, in der Defikarte eingetragen worden sind.

Persönliche Erklärung

Bernie Corrodi (FW)

Im Februar 2019 habe ich im Rahmen der Fragestunden auf die Discount-Coiffeure hingewiesen. Damals mochte man lachen und sich fragen, was das soll, was will der Kerl eigentlich damit. Damals war es noch ein Anbieter, der für Franken 25 seine

Dienste zum Haarschneiden anbot. Heute sind es deren sechs! Seit kurzem ist die Bar im Restaurant Flora geschlossen und umgebaut, zugunsten eines weiteren Billig-Coiffeurs.

Damals habe ich als Antwort auf meine Frage bekommen, das wäre die freie Marktwirtschaft, da könne man nichts machen. Ja, stimmt. Und doch: eine Stadt braucht ein übergeordnetes Ziel, wenn man als Stadt das haben will, was man braucht. Seit hunderten von Jahren regulieren Zunft- und Standesorganisationen die lokale Marktwirtschaft mit dem Ziel, dass Leitlinien faire Bedingungen schaffen für alle, für gleich lange Ellen sorgen, für einen gesunden und im Ort ansässigen Mittelstand.

Jeder dieser Billigschnippsler zieht dem bisher ansässigen mittelständischen Gewerbe, das ja oft Familienbetriebe sind, den Teppich unter den Füßen weg. Und damit auch die Gewinne, woraus diese eingesessenen Coiffeure Steuern in Adliswil zahlen konnten. Diese neuen Coiffeurketten, mit gelegentlich nebulösen Hintergründen, zahlen aber keine Steuern, auch wenn sie es noch wollten, denn mit diesen Tarifen verdient niemand Geld.

Auch im Detailhandel geht es fröhlich weiter. Wir haben neben der Migros und dem Coop jetzt drei Denner, einen Aldi und die Landi. Und bald auch noch einen Migrolino, einen zweiten Aldi und einen Lidl. Diese Gossverteiler leisten keinen Beitrag zur Stadtentwicklung, keinen nennenswerten Beitrag zum Steuersubstrat und keinen Beitrag zur Vielfalt. Auch sie entziehen dem noch vorhandenen Detailhandel im Ort, den mittelständischen Steuerzahlern von Adliswil, ihre Existenzgrundlage.

Dieses Geiz-ist-Geil-Denken und Handeln führt zu einer Art «Verslumung» unserer Stadt, da es eine Gesellschaft anzieht, die keinen Mehrwert generiert. Hinzu kommt, dass das stilllose Bauen von Verrichtungsboxen für diese Discounter eine nachhaltige, ökologische und ökonomische Städteplanung verunmöglicht.

Ich habe heute bewusst die Form der persönlichen Erklärung gewählt. Würde ich eine Frage stellen, oder gar eine Motion einreichen, käme die gleiche lapidare Antwort: Freie Marktwirtschaft, da kann man nichts machen. Mit Verlaub: da will man nichts machen.

Fraktionserklärung

Reto Buchmann (FDP) zum Thema "Vorarbeit in den Kommissionen"

Bald geht diese Legislatur zu Ende, was wir zum Anlass nehmen, um ein wichtiges Thema anzusprechen: Die Vorarbeit der Kommissionen.

Die Kommissionen übernehmen für das Parlament die wichtige Aufgabe, ein Geschäft vor der Beratung im gesamten Parlament in einer kleineren Gruppe vertieft zu beraten. Doch genau diese Vorberatung verkommt bei uns manchmal zu einer reinen Übung, welche einerseits keine Aussagekraft für den späteren Entscheid und andererseits auch keine wirkliche Diskussion beinhaltet. Das erstaunt. Denn häufig kommen die Anträge aus den Kommissionen so daher, als wären sie einstimmig beschlossen worden. Hinweise auf Minderheiten oder sogar Minderheitsanträge fehlen.

Ein Beispiel ist die Behandlung des Budgets 2022 in der Dezember-Sitzung. Ein Geschäft, welches gemäss Protokoll der Rechnungsprüfungskommission vom 6. Dezember diverse Anträge mit klaren Ergebnissen von 5:2, 6:1 oder gar 7:0 hatte.

Im Rat hatte der Vorschlag der Rechnungsprüfungskommission dann eine Front gegen sich, die diesen klaren Ergebnissen überhaupt nicht Rechnung trägt. Auch gab es aus der Kommission keine Minderheitsanträge bei den Produktgruppen, bei welchen das Ergebnis nicht 7:0 lautete. Da drängen sich Fragen auf: Was hält Kommissionsmitglieder davon ab, einen Minderheitsantrag einzureichen? Haben sie Angst zu ihrer Haltung zu stehen? Wieso wollen sie ihre Meinung nicht transparent machen?

Dieses Vorgehen erschwert die Arbeit im Rat erheblich. Sie führt auch dazu, dass die Vorarbeit in den Kommissionen nicht die Wertschätzung und das Gewicht erhält, das sie verdienen sollte. Denn genau in diesen Kommissionen geschieht die wichtigste Arbeit des Parlaments: Die vertiefte Befassung mit einem Sachverhalt, aber auch und vor allem das Einbringen von eigenen Wertvorstellungen. Die Kommissionsberatung sollte die unterschiedlichen Meinungen transparent darstellen und in den Rat bringen.

Doch genau das fehlt immer öfter – es wird in den Kommissionen zwar diskutiert und ein Antrag an den Grossen Gemeinderat beschlossen, die Minderheit und ihre Anliegen bleiben aber bis zur Sitzung im Verborgenen. So braucht es eigentlich gar keine Vorberatung! Für uns ist klar, dass sich das ändern muss. Wir fordern darum alle Mitglieder der Kommissionen auf, mutig zu ihren Anliegen und Haltungen zu stehen und diese auch mit Minderheitsanträgen in den Rat zu bringen.

Angelika Sulser (SP) zu Thema "Gesundheitsförderungskonzept"

Die SP begrüsst das Gesundheitsförderungskonzept der Stadt Adliswil. Wir finden, es ist eine Bereicherung für die ganze Bevölkerung. Es ist auch für die SP wichtig, dass die Angebote für alle Generationen sind. Gerade eine offene Turnhalle oder der "Midnightsport" für die Jugendlichen finden wir ein großartiges Angebot. Zusammenfassend möchten wir uns bedanken für die Idee der Plattform, das Zusammentragen von deren Inhalt und für die weiteren Angebote und deren Umsetzung, die allen Bewohnern von Adliswil zur Verfügung stehen.

Daniel Frei (FW) zum Thema "Busverbindung Tierpark Langenberg"

Am 18. November 2020 haben die Freien Wähler zwei Motionen zur Verbesserung der beiden Buslinien 151 (Zopf-Quartier) und 153 (Sonneberg Quartier) eingereicht. Basiert hat der Vorstoss auf diversen bei uns eingereichten Anliegen von Bewohnern in diesem Quartier nach einem unserer Polit-Kafis, welche wir schon seit längerem eingeführt haben. Es ging also nicht um Aktionismus unsererseits, sondern um ein Anliegen der entsprechenden Bevölkerung.

Beim Stadtrat stiess dieses Bedürfnis der Adliswilerinnen und Adliswiler aus diesen Quartieren nicht auf viel Gegenliebe und wurde zur Ablehnung empfohlen. Im März 2021 wurden die beiden Motionen dann glücklicherweise durch den Grossen Gemeinderat überwiesen.

Mittels eines Leserbriefes hat sich unser Alt-Gemeinderat und Freier Wähler Ruedi Bräuer in der Lokalpresse irritiert dazu geäussert, dass unser Stadtrat, oder zumindest Teile davon, Feuer und Flamme für eine bessere Erschliessung des Tierparkes Langenbergs durch den Öffentlichen Verkehr ist.

Die Freien Wähler sind definitiv nicht gegen eine gute Erschliessung des wertvollen Tierparkes, wünschen sich aber andererseits mindestens die gleiche, lieber jedoch

grössere Euphorie bei der Bearbeitung unserer beiden Motionen zur Erschliessung des Zopf- und Sonnenbergquartieres. Bei dem Thema geht es nämlich um Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt und nicht um kantonale Interessen. Die Freien Wähler unterstreichen somit, dass es ihnen in der kommunalen Politik insbesondere um Adliswil und nicht um übergeordnete Themen geht. Wir sind gespannt auf das Resultat der beiden bald seit einem Jahr überwiesenen Motionen.

2. Fragestunde

Reto Buchmann (FDP) zum Thema "Kunstobjekte der Stadt Adliswil"

Ende Juli wurde auf dem Facebook-Profil der Stadt Adliswil bekanntgegeben, dass die Stadt Adliswil seit über 100 Jahren Kunst aus der Region sammelt. Die Sammlung umfasse bereits 550 Kunstwerke, welche nun durch zwei Kunststudentinnen inventarisiert, fotografiert und dokumentiert werden. Das Inventar und die Objekte könnten danach auf Anfrage eingesehen werden.

Dass die Sammlung und das Inventar nur auf Anfrage eingesehen werden können, hat mich ein wenig irritiert.

Ich habe dazu folgende Fragen:

- Ist die Kunstsammlung mittlerweile inventarisiert? Falls nein, wann wird mit dem Abschluss zu rechnen sein?
- Werden die Dokumentation und Fotos der Kunstobjekte auch online und ohne vorherige Anfrage einzusehen sein?
- Werden die Objekte auch an Museen oder interessierte Aussteller sowie an adliswiler Schulen ausgeliehen?

Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung

- Ist die Kunstsammlung mittlerweile inventarisiert?

Ja, die Kunstsammlung konnte in der städtischen Software "Campos", in welcher auch z.B. Büromobiliar verwaltet wird, inventarisiert werden.

- Werden die Dokumentation und Fotos der Kunstobjekte auch online und ohne vorherige Anfrage einzusehen sein?

Die aktuelle Implementation der Inventar-Software "Campos" stellt keine online-Publikationsfunktionalität zur Verfügung. Es wurde also eine reine Inventarisierung gemacht, um einen Überblick zu bekommen, wie viele Objekte vorhanden sind. Bei Bedarf kann aber eine Excel-Liste von den gesamten Kunstobjekten gezogen und zur Verfügung gestellt werden.

- Werden die Objekte auch an Museen oder interessierte Aussteller sowie Schulen ausgeliehen?

Es handelt sich bei diesen Objekten um einen Kunstbestand, welcher im Verlauf der letzten Jahrzehnte zusammengetragen wurde. Darunter befinden sich unterschiedliche Objekte wie Glasbilder, Skulpturen oder auch Gemälde. In der Vergangenheit wurde diese Kunst zu Dekorationszwecken in den öffentlichen Bereichen der stadt-

eigenen Liegenschaften, wie zum Beispiel Stadthaus oder Haus Brugg, ausgestellt. Bei allfälligen Anfragen von Interessenten kann sich die Stadt auch vorstellen, Objekte an Museen und Schulen auszuleihen.

Hedwig Habersaat (SVP) zum Thema "Lichtsignalanlage Albisstrasse, Florastrasse Nord (temporär)"

Meine eingereichte Frage hat sich etwas überholt, da in der heutigen Zürisee-Zeitung die Antwort eigentlich vorweggenommen wurde.

Ich wollte fragen, wann die Lichtsignal-Anlage bei der Florastrasse Nord, welche uns als temporär verkauft wurde, abgebaut wird. Nun steht heute in der Zürisee-Zeitung, dass dieses Lichtsignal nicht temporär, sondern eine bleibende Lösung sei, da der Kanton in seiner grenzenlosen Weisheit beschlossen habe, das Zentrum von Adliswil aufzuwerten. Das ist super! Aber dafür will der Kanton diese Lichtsignal-Anlage fest machen, weil er, respektive der Herr Edwin Bühler vom Leiterstab der Strassenregion 2 des Kantons Zürich offensichtlich befunden hat, dass das Zentrum so viel sicherer und besser sei, wie sie festgestellt hätten in der Umbauphase.

Es ist immer noch unser Zentrum, das Zentrum von Adliswil. Dass man es aufwerten will, ist sehr gut, auch, dass es Velo-Wege gibt und dass der Mittelstreifen verschwindet. Dass Fussgängerstreifen verschwinden und zum Beispiel nur noch eine Lichtsignalanlage dasteht, finde ich persönlich aber nicht gut. Meine Frage an den Stadtrat:

- Wird einfach alles abgenickt, was der Kanton sagt, ist das Gottgegeben, oder kann man da noch etwas machen?
- Hat es zuvor Unfälle gegeben, welche zu dieser Massnahme führen?
- Wenn ja, wie viele, gibt es Statistiken dazu?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

Wie Hedwig richtig festgestellt hat, ist heute in der Zürisee-Zeitung ein Artikel über die Albisstrasse bezüglich Umgestaltung erschienen und weil diese eine Kantonsstrasse ist, liegt der Lead der ganzen Aufwertung/Umgestaltung beim Kanton. Dieser hat eine Fussgängerüberquerung weiterhin mit einem Lichtsignal, welches fix statt provisorisch aufgestellt werden soll, geplant. Wichtig dabei ist, dass ein Monitoring gemacht werden soll, welches über zwei Jahre geführt werden wird, um nachher Bilanz über die Fussgängersicherheit, aber auch über den Verkehrsfluss, ziehen zu können.

- Wird einfach alles abgenickt, was der Kanton sagt, ist das Gottgegeben, oder kann man da noch etwas machen?

Selbstverständlich fragt der Kanton jeweils bei den betroffenen Gemeinden, welche von einer Kantonsstrasse durchfahren werden, nach den Bedürfnissen. Da können die Gemeinden ihre Anliegen anbringen, so steht zum Beispiel auch in der Zeitung heute, dass die Längsparkplätze an der Albisstrasse erhalten bleiben, was wir eingegeben haben. Es ist aber doch so, dass die Hoheit beim Kanton liegt. In dem Sinn wird nicht einfach abgenickt, aber wir können die ganze Gestaltung nicht selber bestimmen.

- Wenn ja, wie viele, gibt es Statistiken dazu?

Die Frage zu den Statistiken kann ich leider hier nicht so einfach beantworten, ich werde es aber mit einem anderen Ressort anschauen und werde dann später Zahlen dazu liefern können.

Angelika Sulser (SP) zum Thema "Baustellen auf dem Schulweg"

Zurzeit hat es eine Baustelle vor dem Kindergarten Hofacker. Die Eltern dieser Kinder wurden von der zuständigen Stelle über die Baustelle und die Bauetappen nicht informiert. Wenn ein vierjähriges Kind plötzlich kein Trottoir mehr hat, ist es im Strassenverkehr auf sich alleine gestellt, dies finden wir nicht vertretbar.

- Informiert die zuständige Stelle die Eltern über eine Baustelle, wenn diese den Kindergarten oder den Schulweg betrifft und
- welches ist die zuständige Stelle, damit der Informationsfluss gegenüber den Eltern gewährleistet ist?
- Wenn dies nicht der Fall ist, besteht die Möglichkeit, bei einer Baustelle, die den Kindergarten und Schulweg betrifft, in Zukunft die Eltern darüber zu informieren?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

- Informiert die zuständige Stelle die Eltern über eine Baustelle, wenn diese den Kindergarten oder den Schulweg betrifft?

In der Regel informieren die Projektleitenden die Schulleitung der betroffenen Schule/Kindergarten. Diese wiederum informieren die Eltern und die Lehrer der Schülerinnen und Schüler.

Im konkreten Fall wurde der Kindergarten Hofacker mit einer Baustelleninfo im Briefkasten über die bevorstehenden Arbeiten in Kenntnis gesetzt. Die Werkbetriebe werden künftig besonders darauf achten, auch die zuständige Schule/Kindergarten und die Schulleitung frühzeitig per Mail oder per Telefon zu informieren. So bleibt der Informationsfluss immer gleich: Wir informieren die Schulleitung und diese gewährleisten dann den Informationsfluss zu den Lehrern und Eltern.

- Wenn dies nicht der Fall ist, besteht die Möglichkeit bei einer Baustelle, die den Kindergarten und Schulweg betrifft, in Zukunft die Eltern darüber zu informieren?

Künftig werden die Werkbetriebe vermehrt darauf achten, dass nicht nur die Kindergärten/Schulen, sondern auch die zuständigen Schulleitungen informieren werden, damit die Baustelleninformationen an die Eltern weitergegeben werden können. Danke für die Aufmerksamkeit!

Heinz Melliger (FW) zum Thema "Informationsveranstaltungen Entwicklung Sood-Lätten"

Am 15. Mai 2022 findet die Volksabstimmung zur Revision des regionalen Richtplans Zimmerberg statt, wo im Gebiet Lätten und Sood neue Nutzungsarten ermöglicht werden sollen. Die erste geplante Infoveranstaltung vom 18. Januar musste abgesagt werden und ist jetzt für 19. April 2022 im reformierten Kirchgemeindehaus geplant. Die Teilnahme ist beschränkt und muss schriftlich im Voraus über die Homepage der Stadt Adliswil erfolgen. Aufgrund der grossen Resonanz aus der Bevölkerung an unserem Polit-Kafi vom 9. Oktober 2021 und dem Erklärungsbedarf unserer Mitglieder der Freien Wähler, möchten wir gerne folgende Fragen beantwortet haben

- Mit welcher maximalen Teilnehmerzahl rechnet der Stadtrat aus heutiger Sicht unter Berücksichtigung der Covid-Auflagen des BAG?
- Nach welchen Kriterien werden die Anmeldungen von Teilnehmern berücksichtigt? Nach Reihenfolge der Anmeldung? Oder Parteizugehörigkeit, oder andere Kriterien?
- Gedenkt der Stadtrat den Teilnehmerkreis zu vergrössern, beispielsweise durch einen grösseren Saal (Kulturschachtle, ZIS etc.) oder durch Live-Streams über Internet mit der Möglichkeit von Fragestellungen während der Online-Übertragung?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

Diese Antworten gebe ich Ihnen als Vertreterin von Stadtrat Felix Keller.

- Mit welcher maximalen Teilnehmerzahl rechnet der Stadtrat aus heutiger Sicht unter Berücksichtigung der Covid-Auflagen des BAG?

Aufgrund der Erfahrungen von der öffentlichen Informationsveranstaltung zum Zentrum Ost sowie der Anzahl Anmeldungen für die Informationsveranstaltung vom 18. Januar 2022 (30 Anmeldungen) rechnet der Stadtrat mit max. 100 Personen.

- Nach welchen Kriterien werden die Anmeldungen von Teilnehmern berücksichtigt? Nach Reihenfolge der Anmeldung? Oder Parteizugehörigkeit, oder andere Kriterien?

Nach Eingang der Anmeldungen.

- Gedenkt der Stadtrat den Teilnehmerkreis zu vergrössern, beispielsweise durch einen grösseren Saal (Kulturschachtle, ZIS etc.) oder durch Live-Streams über Internet mit der Möglichkeit von Fragestellungen während der Online-Übertragung?

Die Idee der Anmeldung war, im Vorfeld zu erfahren, wie gross das Interesse ist resp. ob allenfalls ein grösserer Saal oder eine Direktübertragung organisiert werden muss. Aufgrund der geringen Anzahl Anmeldungen war das aber nicht der Fall und ist für künftige Veranstaltungen auch nicht mehr vorgesehen.

Direktübertragungen inkl. der Möglichkeit Fragen zu stellen benötigen neben dem entsprechenden fachlichen Know-How auch die Verfügbarkeit von technischem Material. Als Ersatz für die ausgefallene Veranstaltung findet eine Online-Veranstaltung am 1. März 2022 statt. Dabei wird man auch Fragen stellen können.

Marianne Oswald (GP) zum Thema "Umfrage für Wirtschaftsstrategie"

In Adliswil sind ca. 1000 Unternehmen ansässig. Für die Wirtschaftsstrategie, über welche wir heute noch diskutieren werden, hat der Stadtrat eine Umfrage lanciert, um die Bedürfnisse dieser Unternehmen kennenzulernen. Nun hat diese Umfrage über den Handwerker- und Gewerbe-Verein Adliswil (HGVA) stattgefunden. Keine Frage, das ist ein wichtiger Verein und es ist immer sinnvoll, mit den lokalen Vereinen zusammen zu arbeiten. Nur ist gerade mal ein Fünftel der Unternehmen in Adliswil Mitglied in diesem Verein. Die Umfrage ist also nur an 196 Unternehmen gegangen. Von denen sind gerade mal 38 vollständig ausgefüllte Fragebögen eingereicht worden. Darum unsere Fragen

- Warum hat der Stadtrat die ca. 1'000 Unternehmen auf Stadtgebiet nicht direkt angeschrieben für die Umfrage?
- Wie viele Unternehmen hat der Stadtrat neben der Umfrage direkt angesprochen? Mit wie vielen davon kam ein konstruktiver Austausch zustande?
- Hat der Stadtrat externe Fachleute zugezogen für die Ausarbeitung der Wirtschaftsstrategie?

Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung

Lassen sie mich einleitend einen Überblick über Arbeitsstätte und Beschäftigte in Adliswil vermitteln. Gemäss den Erhebungen des Gemeindeamtes Zürich (GAZ) waren per 2018 in Adliswil 1'019 Betriebe mit total 7'507 Angestellten registriert.

Dabei handelte es sich um

923 Mikrobetriebe mit 1 bis 9 VZÄ,

84 Kleinbetriebe mit 10 bis 49 VZÄ,

8 Mittlere Betriebe mit 50 bis 249 VZÄ

und 4 Grossbetriebe mit mehr als 250 Angestellten.

Diese Informationen können Sie im Protokoll nachlesen oder der Website "Gemeindeporträt Zürich" entnehmen.

- Warum hat der Stadtrat die ca. 1'000 Unternehmen auf Stadtgebiet nicht direkt angeschrieben für die Umfrage (statt über den HGVA)?

Dem Stadtrat ist eine wirtschaftsfreundliche Standortförderung wichtig, welche sich an den Rahmenbedingungen und Besonderheiten Adliswils orientiert. Diese treffen nicht in gleichem Masse auf alle Unternehmen zu. Es geht dem Stadtrat dabei insbesondere um den Erhalt und wo möglich die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Sparten mit hoher Wertschöpfung. Inhalt der Unternehmensbefragung zum Wirtschaftsstandort Adliswil waren die Handlungsfelder wie Gewerbeflächen, Immobilien und Arealentwicklungen sowie Fragen zur Standortattraktivität, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung. Der HGVA vereint die Adliswiler Unternehmen und Gewerbetreibenden, die sich insbesondere in diesen Handlungsfeldern bewegen.

- Wie viele Unternehmen hat der Stadtrat neben der Umfrage direkt angesprochen? Mit wie vielen davon kam ein konstruktiver Austausch zustande?

Neben den Mitgliedern des HGVA wurden rund 50 weitere Unternehmen aus der Stadtverwaltung direkt angesprochen, welche in Sparten mit hoher Wertschöpfung tätig sind. Es handelte sich um eine anonyme Internet-basierte Umfrage, welche keine direkte Rücksprache vorsah. Mit diesen rund 50 grösseren, bedeutenden Unternehmen in Adliswil stehen Vertreter des Stadtrats sowieso im Austausch.

- Hat der Stadtrat externe Fachleute zugezogen für die Ausarbeitung der Wirtschaftsstrategie?

Neben Fachleuten aus der Stadtverwaltung wurden je eine Vertretung der Standortförderung vom Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) des Kantons Zürich und der Wirtschaftsförderung Zimmerberg-Sihltal für die Ausarbeitung der Wirtschaftsstrategie beigezogen. Zusätzlich wurde auf die Expertise der ZHAW abgestützt, welche

im Auftrag der Standortförderung eine Analyse und einen Bericht zu den Handlungsfeldern der Standort- und Wirtschaftsförderung erstellt hat.

Marianne Oswald (GP)

Ist eine Einsicht in diese Umfrage möglich?

Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung

Ja, wenn wir die Ergebnisse anonymisieren, vor allem die Freitext Antworten, welche Rückschlüsse auf den Einreicher geben, könnte man die Umfrage durchaus publizieren.

Mario Senn (FDP) zum Thema "Berufspraktika für Oberstufenschüler: Virtuell oder in den Betrieben?"

Der Übergang von der Schule ins Berufsleben ist für die Oberstufenschüler ein wichtiger Schritt, dessen Bedeutung nicht genug betont werden kann. In Adliswil gibt es seit Jahren, in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe unter dem Namen "Berufspraktika", ein Schnupperangebot für Schüler der Sekundarschule. Dieses Jahr finden diese leider fast nur online statt. Viele Eltern finden das unmöglich. Wie soll sich ein Schüler, der noch nie Kontakt zur Berufswelt hatte, so ein Bild von einem Beruf machen?

- Ist dem Stadtrat diese Situation bekannt?
- Wird sich der Stadtrat beim Gewerbe dafür einsetzen, dass die Jugendlichen die Möglichkeit zu einem Berufspraktikum bzw. Schnupperkurs vor Ort – in den Betrieben – erhalten?

Stadtrat Markus Bürgi zur Beantwortung

Ich kann Dir nur voll und ganz zustimmen: ein ganz zentrales Ziel der Volksschule ist es, unsere Kinder auf ein eigenständiges Erwachsenenleben und damit auch das Berufsleben vorzubereiten. Für viele unserer abgehenden Sekundarschülerinnen und -schüler passiert das mit dem Beginn einer Berufslehre.

Das von Dir erwähnte Angebot der Betriebspraktika bietet seit vielen Jahren denjenigen Schülerinnen und Schülern, welche sich in der Berufswahl noch unsicher sind, die Möglichkeit, während jeweils zwei Tagen Einblicke in ganz unterschiedliche Berufe zu gewinnen. An dieser Stelle möchte ich den über 40 Adliswiler Betrieben, welche das Angebot mit viel Engagement und unentgeltlich unterstützen, ganz herzlich danken.

Auch dieses und letztes Jahr konnte das Angebot glücklicherweise durchgeführt werden. Leider wurde es aber – wie von Dir bereits dargelegt – durch die Pandemie deutlich beeinträchtigt. Diese Situation ist uns selbstverständlich bekannt. Einige Betriebe mussten die Praktika in den virtuellen Raum verlagern bzw. zu online Informationsveranstaltungen machen. Natürlich ist das in keiner Weise mit einem Praktikum, welches physisch stattfindet, zu vergleichen. Die Gründe dafür sind vielseitig und reichen von individuellen Schutzkonzepten bzw. entsprechenden betrieblichen Regelungen, bis hin zur deutlichen Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs durch die Pandemie.

Diese Situation ist in der Tat äusserst bedauerlich für die Adliswiler Schülerinnen und Schülern. Gegeben, die Pandemie lässt sich die Situation durch uns jedoch nur sehr bedingt steuern. Ich kann Dir aber versichern, dass wir äusserst bemüht sind, das Angebot, in Zusammenarbeit mit unserem Gewerbe, so bald wie möglich wieder in die gewohnte Form zurückzuführen.

An dieser Stelle möchte ich zudem nicht unerwähnt lassen, dass es nebst den Betriebspraktika selbstverständlich auch noch diverse weitere Angebote gibt, die unsere Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl und dem Berufseinstieg unterstützen. Dazu gehört beispielsweise der Berufswahlunterricht. In diesem werden die Schülerinnen und Schüler nicht nur aktiv bei der Berufsfindung begleitet, sondern auch beim Verfassen von Bewerbungsschreiben unterstützt und gar mittels Rollenspielen auf konkrete Bewerbungsgesprächssituationen vorbereitet. Des Weiteren bieten Spezialisten des Berufsinformationszentrums monatlich vor Ort in unseren Sekundarschulen Beratungsstunden an. Und zu guter Letzt stehen den Schülerinnen und Schülern selbstverständlich auch die Klassenlehrpersonen jederzeit unterstützend zur Seite.

Mit diesem breiten Unterstützungsangebot versuchen wir den Jugendlichen bestmögliche Unterstützung beim Finden einer Lehrstelle, in der nach wie vor anspruchsvollen Situation, zu bieten. Positiv zu beurteilen dürfte in diesem Zusammenhang zudem sein, dass sich der Lehrstellenmarkt im Kanton Zürich in den Jahren 2020 und 2021 sehr resistent gezeigt hat und nach wie vor ein deutliches Überangebot an Lehrstellen bestand. Es gibt etwa 5000 Lehrstellen pro Jahr, welche nicht besetzt werden.

Kannathasan Muthuthamby (SP) zum Thema "Baustelle Sanierung Zopfstrasse/Bodenacker"

An der Zopfstrasse hat es seit einiger Zeit eine Baustelle, es werden Wasserrohre saniert. Vor zwei Wochen wurde das Loch geschlossen und nun habe ich gesehen, dass es an der gleichen Stelle wieder aufgedigelt wurde. Auf meine Frage hin wurde mir gesagt, dass sie die falschen Rohre verlegt hätten.

- Ich frage nun, wer bezahlt das? Die Stadt, der Eigentümer oder die Firma?

Antwort von Stadträtin Carmen Marty Fässler

Im Detail kann ich diese Frage nicht beantworten. Es stimmt, dass wir an der Zopfstrasse eine Sanierung haben. Ich werde dort gerne nachfragen, was passiert ist. Grundsätzlich kann ich aber sagen, dass für den Fall, dass eine Firma einen Fehler macht, wie zum Beispiel ein falsches Rohr zu verlegen, wir selbstverständlich zum Vornherein Verträge ausgearbeitet haben, damit wir solche Kosten nicht bezahlen müssen. Wenn der Fehler der Firma passiert ist, muss sie sie übernehmen. Ich nehme diese Frage gerne mit.

3. Strategie Wirtschaftsförderung Adliswil (GGR-Nr. 2021-313)

Antrag der Sachkommission vom 17. Januar 2022

Eintretensdebatte

Walter Uebersax (Die Mitte), Präsident der Sachkommission

Im Grossen Gemeinderat reichten am 3. Juni 2020 Mario Senn (FDP), Daniela Morf (SVP), Daniel Frei (FW), Walter Uebersax (CVP), Hanspeter Clesle (EVP) und Reto Buchmann (FDP) einen parlamentarischen Vorstoss ein, der eine Wirtschaftsstrategie für Adliswil fordert.

In seiner Sitzung vom 23. September 2020 stellte der Stadtrat den Antrag, die Motion abzulehnen, signalisierte aber gleichzeitig, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. In diversen Voten wurde dann im Rat darüber diskutiert, ob es nun als Postulat oder als Motion überwiesen werden soll. Nach den Ausführungen des Stadtrats, die handwerklichen Ausgestaltungen später mit dem Büro zu regeln, stand der Überweisung nichts mehr im Wege. Sie wurde mit 34 zu 0 überwiesen.

Nach einem Verlängerungsantrag, der gutgeheissen wurde, liegt nun eine Wirtschaftsstrategie vor. Die Sachkommission wurde vom Büro beauftragt, zu prüfen, ob damit die Motion als erledigt abgeschrieben werden kann.

Nach der Konsultation des Erstunterzeichners konnte die Sachkommission dem Antrag auf Abschreibung mit 9 zu 0 Stimmen zustimmen. Nun ist die Motion zwar abgeschrieben und die Wirtschaftsstrategie liegt vor, aber damit beginnt eigentlich erst die Arbeit beim Stadtrat, aber auch beim Gemeinderat. Hier möchte ich vor allem auf die Inhalte der Strategie hinweisen, welche sicher schon von allen Fraktionen ausgiebig studiert und diskutiert wurden. Es ist von Zielen und Indikatoren die Rede, ein Hinweis zum Beispiel für die Rechnungsprüfungskommission. Weiter soll die heutige Organisation überprüft werden, ein Hinweis zum Beispiel für die Geschäftsprüfungskommission. Auch ist die Rede von finanziellen Mittel für Ressourcen und Vernetzungsanlässe. Diese werden mit grosser Sicherheit im Budget wieder zu finden sein. Die Überprüfung der Strategie soll alle vier Jahre erfolgen. Wer wird das überprüfen?

Mit diesen Hinweisen möchte ich mein Votum abschliessen und bitte den Grossen Gemeinderat, dem Antrag der Sachkommission zuzustimmen.

Mario Senn (FDP)

Die Bedrohungslage, die wir haben, muss ich nicht noch einmal umfassend ausführen. Sie wissen es: Die Steuererträge der juristischen Personen sind spürbar gesunken. Und die Zahl der Arbeitsplätze in Vollzeitäquivalenten ist gemäss Statistischem Amt von 2014 bis 2018 von knapp 7'000 auf unter 6'000 zurückgegangen. Das kann uns nicht egal sein.

Mit dem Vorstoss, den ich zusammen mit Daniela Morf, Daniel Frei, Walter Uebersax, Hanspeter Clesle und Reto Buchmann im Juni 2020 eingereicht habe, wollten wir darum nicht nur erreichen, dass einfach eine Wirtschaftsstrategie erarbeitet wird, sondern auch, dass wir uns in Adliswil damit beschäftigen, wie unsere Stadt für Unternehmen, insbesondere wertschöpfungsstarke, ein attraktiver Standort sein kann. Für die nächsten Jahre wird das ein entscheidendes Thema für Adliswil sein. Der Stadtrat hat gearbeitet und im Dezember 2021 die Wirtschaftsförderungsstrategie beschlossen. In unserer Einschätzung ist das ein gutes Strategiepapier. Der Stadtrat zeigt darin auf, was für den Stadtrat bzw. die Stadtverwaltung möglich und sinnvoll ist.

Mit den fünf strategischen Handlungsfeldern "Arealplanung und Arealentwicklung", "Stärkung Netzwerk", "Attraktives Stadtzentrum", "Leistungen Stadtverwaltung" und "Kommunikation" spricht er Themen an, die im Einflussbereich der Stadt liegen und wo wir tätig werden können. Die Handlungsfelder sind unterlegt mit Zielen und Massnahmen. Auch wenn es sich bei einigen der Massnahmen um "low hanging fruits" handelt und ich nicht alle dieser Massnahmen gleich wirksam oder notwendig finde, gefällt mir, dass es sich um konkrete Massnahmen handelt, die man auch überprüfen kann.

Sie wissen, dass ich mich beruflich seit mehreren Jahren intensiv mit den Themen Standortförderung, Standortattraktivität und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen beschäftige. Die Punkte, die aufgeführt sind, sind zu grossen Teilen genau jene, die von den Unternehmen von einer Stadt bzw. einer Stadtverwaltung erwartet werden. Ich möchte einige davon beleuchten:

- Arealplanung und Arealentwicklung: Es ist für Unternehmen wichtig, dass sie auch räumlich wachsen können. Wir wollen ja erfolgreiche Unternehmen und nicht solche, die weniger Raum brauchen, weil sie nicht erfolgreich sind. Wenn die Stadt Unterstützung und Vermittlungsdienste leistet, aber auch raumpolitisch die richtigen Entscheidungen trifft, dann ist das eine sehr effektive Möglichkeit, Unternehmen am Standort Adliswil zu halten oder neue hierher zu holen.
- Stärkung Vernetzung: Ich kann nur bestätigen, was der Stadtrat unter Ziff. 3.1 zu diesem Punkt ausführt. Die Vernetzung ist extrem wichtig. Innovationen finden immer mehr in Ökosystemen statt. Gleichzeitig schafft Vernetzung aber auch Identifikation mit dem Standort. Der Stadtrat ist aber aufgefordert, sich dabei nicht nur auf den HGVA zu stützen. Es muss gelingen, auch Unternehmen ohne HGVA-Mitgliedschaft zu vernetzen.
- Leistungen Stadtverwaltung: Besondere Freude hatte ich an diesem Punkt. Dabei geht es letztlich um die Verwaltungskultur. Es macht einen Unterschied, wie die Stadtverwaltung gegenüber Unternehmen (und übrigens auch Bürgern) auftritt. Wenn der Stadtrat führungsmässig durchsetzt, dass man sich in erster Linie als Ermöglicher und als Dienstleister sieht und nicht als Problembezeichner, ist sehr viel gewonnen. Die geplante Sensibilisierung ist daher sehr wichtig. Auch wichtig ist die Bezeichnung von Ansprechpersonen. Das muss nicht immer ein Stadtrat oder der Stadtpräsident sein. In Schlieren ist das z.B. der Leiter Liegenschaften, der sich mit Herzblut um die Unternehmen am Standort Schlieren kümmert.
- Attraktives Stadtzentrum: Für ein attraktives Stadtzentrum ist es von Bedeutung, was für Unternehmen wir im Stadtzentrum haben. Im Moment haben wir aus meiner Sicht ein leichtes Überangebot an Coiffeur-Salons... Da eine gute Entwicklung hinzubringen, erachte ich als ganz schwierig. Denn die Situation des Detailhandels ist – gerade auch mit Blick auf die Online-Konkurrenz und die teilweise sehr einschränkenden Ladenöffnungsregulierungen – überall sehr schwierig. Und der Detailhandel ist überall neben gastronomischen und kulturellen Angeboten zentral für ein attraktives Zentrum. Ich bin froh, dass der Stadtrat hier am Ball bleiben will.

Es sind aber nicht nur die Handlungsschwerpunkte, die sinnvoll sind, sondern auch das Drumherum.

Dass beispielsweise ein Controlling aufgestellt wird, ermöglicht die Feststellung von Verbesserungen. Als sehr sinnvoll erachten wir auch die Prüfung eines Ausschusses "Wirtschaft". Nicht, weil wir uns generell für mehr Gremien einsetzen, sondern weil wir finden, dem Thema Wirtschaft muss in den nächsten Jahren ein viel höheres Gewicht zukommen. Richtig ist auch, dass das Thema ressortübergreifend bearbeitet und verstanden wird. Denn auch ein Ressort Werkbetriebe kann, beispielsweise mit einer zu engen Strasse, dazu beitragen, dass ein Unternehmen wegzieht, weil es nicht mehr gut versorgt werden kann. Dieses Bewusstsein muss in der ganzen Verwaltung ankommen.

Ich habe es angetönt: Die Strategie fokussiert richtigerweise auf Themen in unserer Kompetenz und nutzt den Handlungsspielraum der Stadt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sämtliche Bemühungen des Stadtrats für die Katz sind, wenn auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene falsche Entscheide getroffen werden. Wir alle haben es in der Regel vier Mal pro Jahr in der Hand, auf Kantons- oder Bundesebene an der Urne zu entscheiden, ob die Rahmenbedingungen für Unternehmen besser oder schlechter werden. Wenn Sie Unternehmen fragen, welches die wichtigsten Standortfaktoren sind, dann sind das regelmässig die Lage, die Verfügbarkeit von Flächen, die Infrastruktur (insbesondere die Verkehrsanbindung), der Marktzugang und die Kosten, insbesondere die Steuerhöhe. Die Steuerbelastung können wir mit dem Steuerfuss beeinflussen und auch den zur Verfügung stehenden Raum. Die Lage hingegen ist gegeben. Adliswil hat eine gute Lage, ist zentrumsnah, gut mit Autobahn und S-Bahn erschlossen. Wenn wir also denjenigen Faktoren, die wir beeinflussen können, Sorge tragen, müsste es gelingen, Unternehmen in Adliswil zu halten oder nach Adliswil zu bringen. Dazu braucht es aber auch eine entsprechende Politik, die Unternehmen keine Steine in den Weg legt und für Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen schafft.

Mit diesen Ausführungen nimmt die FDP-EVP-Fraktion die Wirtschaftsstrategie mit Dank an den Stadtrat zur Kenntnis, stimmt der Abschreibung der Motion zu und wird die Umsetzung selbstverständlich eng und mit Interesse begleiten.

Sebastian Huber (SVP)

Die Sachkommission beantragt nach Einsichtnahme in die "Strategie Wirtschaftsförderung Adliswil" des Stadtrats vom 14. Dezember 2021 sowie in den Antrag der Sachkommission vom 17. Januar 2022, diese abzuschreiben.

Dass sich der Stadtrat diesem Thema trotz der hängigen Beschwerde beim Bezirksrat angenommen hat und sich an die Ausarbeitung dieser Wirtschaftsstrategie gemacht hat, ist sehr lobenswert und freut die SVP sehr. Der Stadtrat präsentiert uns mit seiner Strategie klare Handlungsfelder, Ziele und Massnahmen, insbesondere den Handlungsfeldern

1. Arealplanung und Arealentwicklung
2. Stärkung Netzwerk
3. Attraktives Stadtzentrum
4. Leistungen Stadtverwaltung
5. Kommunikation

misst der Stadtrat ein besonderes Augenmerk zu.

Die Strategie, welche uns der Stadtrat präsentiert, ist ambitioniert und scheint gleichzeitig gut durchdacht und nachhaltig zu sein.

Die SVP hofft, dass der Stadtrat den Auftrag für die Strategie nicht nur als reine Schreibearbeit ad acta legt, sondern in Zukunft ein besonderes Augenmerk auf die Standortförderung für die Wirtschaft in Adliswil legt. Dies auch deshalb, weil gerade wir von der SVP ein Interesse daran haben, dass der Steuerfuss nicht weiter erhöht, sondern in den kommenden Jahren, dank einer nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzpolitik, beibehalten oder im besten Fall auch wieder gesenkt werden kann.

In diesem Sinne stimmen wir der Abschreibung und dem Antrag der Sachkommission einstimmig zu und danken dem Stadtrat für die Ausarbeitung der Strategie.

Gabriel Mäder (GLP)

Ich spreche im Namen der GLP und möchte gleich vorwegschicken, dass auch wir der Motion zustimmen werden. Allerdings möchte ich trotzdem noch drei Punkte mit Ihnen teilen, welche ich aus dem Bericht zur Wirtschaftsstrategie gewonnen habe.

Erster Punkt: Es muss gehandelt werden und zwar jetzt. Das ist das klare Fazit aus den Zielen, die sich der Stadtrat im Bericht gesetzt hat: "den Erhalt und wo möglich den Ausbau von Arbeitsplätzen in Sparten mit hoher Wertschöpfung". Adliswil ist offensichtlich nicht in einer Situation, wo über die Steigerung des Steuersubstrats bei den juristischen Personen diskutiert werden kann, sondern, wie der Wegzug von Arbeitsplätzen kompensiert werden kann, unter anderem die der SwissRe. Das sind besonders steuerreiche Arbeitsplätze für uns. Um diese zu kompensieren, müssen wir gezielt das Segment der margenstarken Firmen ansprechen. Dazu fehlt mir das entsprechende Handlungsfeld im Bericht. Dass man von Erhalt von Arbeitsplätzen im Generellen redet und nicht bestimmte Firmen erwähnt, finde ich sehr vernünftig. Auch Firmen haben einen Lebenszyklus, wachsen und haben neue Bedürfnisse. Es kann nicht erwartet werden, dass die Stadt Adliswil zum Halten der bestehenden Firmen auf alle Bedürfnisse eingehen kann.

Damit wären wir bei meinem zweiten Punkt. Womit will Adliswil überzeugen? Was ist unser Verkaufsschlager, weshalb sollten Firmen sich in Adliswil niederlassen? Dazu liefert die Strategie keine Antwort. Alle Handlungsfelder, die aufgelistet sind, finden sich so fast 1 zu 1 in den Wirtschaftsstrategien anderer Gemeinden wieder, Bülach, Schlieren, Dietlikon, Wallisellen. Dabei wäre es von zentraler Bedeutung gewesen, wenn sich der Stadtrat mit den Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Adliswil auseinandergesetzt hätte. Denn, wenn wir Firmen nach Adliswil bringen wollen, müssen wir entweder über einen Standortvorteil verfügen oder wenn das nicht der Fall ist, müssen wir uns anderweitig einen Vorteil verschaffen, indem wir bessere Werbung als die anderen machen für uns, oder gezielter Firmen ansprechen oder bessere Betreuung anbieten. Da hätte ich mir mehr Klarheit gewünscht.

Drittens: Es sollte klargeworden sein, dass Platz nicht das Problem ist. Ich habe es bereits unter Punkt 1 erwähnt, mit dem Wegzug der SwissRe werden tausende von Quadratmeter von Arbeitsplatzflächen frei, in den Höfen im Dietlimoos entstehen ebenfalls über tausend m² Gewerbefläche. Füllen wir doch erst einmal die Leerstände bevor Grünflächen unnötig überbaut werden. Mehr Arbeitsplatzfläche bringt nicht mehr Steuerertrag, es sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche den

Steuerertrag erwirtschaften. In den Höfen haben bisher neben dem Montessori-Kindergarten erst Aldi, ein Hairsalon und ein Kiosk Gewerbefläche reserviert. Das sind noch nicht die Firmen mit hoher Wertschöpfung, die sich der Stadtrat wünscht.

Ich hoffe, dass der Stadtrat in seiner zukünftigen Zusammensetzung den Mut hat, die Stadt Adliswil aktiv zu vermarkten und es ihm gelingt, die Plattformen und Vernetzungen, die er schaffen möchte, mit Leben zu füllen.

Daniel Frei (FW)

Auch ich möchte mich beim Stadtrat als Erstes bedanken, einerlei, ob es sich um ein Postulat oder eine Motion handelt. Ich schätze den pragmatischen Ansatz, den der Stadtrat gewählt hat, nämlich im Sinne der Sache, indem er als Erstes eine Strategie entwickelt hat. Aus dem was schon gesagt wurde, entstanden bei mir einige Gedanken aus denen ich gerne zwei, drei Punkte mitgeben möchte.

Auch ich finde, dass die Analyse der Ausgangslage ein wenig dürrtig und schwammig formuliert wurde. Mir fehlt in diesem Papier eine ganz konkrete, detailliert Stärke/Schwäche-Analyse. Ohne diese Ausgangslage wird es schwierig, die konkreten nächsten Schritte und Massnahmen zu bilden und auch zu verfolgen. Es fehlt ein Phasen-Plan, wo die nächsten grossen Schritte, welche wir anschauen und verfolgen wollen, festgehalten sind.

Ich habe das Strategie-Papier von Schlieren ziemlich genau angeschaut, sie haben so eine Stärke/Schwäche-Analyse und einen sehr detaillierten Phasen-Plan, welchen man ja auch immer wieder überarbeiten kann. Diesbezüglich fehlt mir hier das Fleisch am Knochen, ich will aber gar nicht weiter filetieren.

Zu den Ausführungen des Stadtpräsidenten habe ich mir spontan die Frage gestellt, was mit "Arbeitsplätzen mit höherer Wertschöpfung" gemeint ist. Sind da nur die grossen gemeint, welche ja nicht zwingend eine hohe Wertschöpfung haben müssen, denn man darf weder unterschätzen noch vergessen, dass es auch kleine Unternehmen mit einer relativen hohen Wertschöpfung gibt.

Langer Rede, kurzer Sinn, ich danke allen für die Ernsthaftigkeit bei der Ausarbeitung der Strategie, welche ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber jetzt gilt es noch an Flughöhe zu gewinnen. Das ist ein Prozess, der natürlich ständig überarbeitet und angepasst werden muss.

Trotzdem möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass mir die Strategieausarbeitung von Schlieren mehr sagt, ohne mich vertieft mit der Materie befassen zu müssen.

Der Dank von den Freien Wählern geht an den Stadtrat, er hat die Aufgaben gemacht und meine kritischen Punkte habe ich angebracht. Deshalb kann in diesem Sinne die Motion diskussionslos abgeschrieben werden.

Angela Broggin (GP)

Von den 1'000 angefragten Unternehmen haben gerade mal 38 an der Umfrage teilgenommen. Das kommt eher einer Stichprobe gleich, statt einer vernünftigen Probenmenge. Eine wissenschaftliche Studie würde mit einer solchen Statistik bestimmt nicht publiziert werden. Diese Art von Datenerhebung repräsentiert meiner

Meinung nach nicht die Vielfalt unserer Adliswiler Unternehmen, welche aus grossen, platzintensiven und kleinen Betrieben im Zentrum, unterschiedlichster Sparten besteht und deshalb sicher auch sehr verschiedene Bedürfnisse haben.

Dieses Papier macht nicht einen sehr ambitionierten Eindruck. Es wurde sich nicht die Mühe gemacht, die Unternehmen auch wirklich zu erreichen. Es wäre doch möglich gewesen, mehr Betriebe zu erreichen, wenn man nicht nur über den HGVA operieren hätte. Es gibt sehr viele Betriebe in Adliswil, die nicht im HGVA sind. So bildet sich wohl lediglich die Situation der Baubranche ab.

Der Plan scheint etwas einfach gestrickt zu sein: wir stampfen mit dem Lätten ein Gewerbezentrum aus dem Boden. Ich frage mich, ob das als Attraktivität reicht, um den Wirtschaftsstandort Adliswil zu stärken und zu fördern. Was, wenn der Lätten doch nicht gebaut wird? Und was passiert mit dem Rest, unserer eigentlichen Stadt und ihrem Zentrum? Bietet sie nicht auch bereits jetzt viele attraktive Gewerbeflächen? Die Frage ist doch, was macht unsere Stadt aus? Was bietet sie für Möglichkeiten, für welche Art von Betrieben ist sie attraktiv und warum? Was sind die Stärken und was die Schwächen? Warum stehen von den vorhandenen Gewerbeflächen so viele leer? Vielleicht wäre es eine Überlegung wert gewesen, wie man unser Stadtzentrum so gestalten könnte, dass sich die Adliswiler wie auch geeignete Betriebe dort wohlfühlen könnten. Der Konsument oder auch Kunden kommen in der vorliegenden Wirtschaftsstrategie kaum vor. Es wird auch nicht vorgeschlagen, wie man aktiv neue Industrie nach Adliswil holen könnte. Dies möchte man lieber der Standortförderung Zimmerberg überlassen.

Der Wirtschaftszweig Landwirtschaft fehlt gänzlich, ihm wird keinen Platz eingeräumt, weder auf dem Papier noch wortwörtlich als "bewirtschaftbares Land". Dieser Boden, welchen unser letzter Bauernbetrieb existentiell benötigt, wird stattdessen überbaut (Stichwort Sunnau). Und noch ein Wirtschaftszweig wird nicht erwähnt: Bildung. Auch das könnte durchaus interessant sein, wie einige andere Gemeinden bereits zeigen. Wädenswil bietet beispielsweise einen grossen Bildungsstandort der ZHAW an, respektive beheimatet einen Standort der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope. Schlieren zum Beispiel hat einen grossen Forschungsstandort für Medizin und Biotechnologie der Hochschulen aufgebaut.

Letztlich sollte in einer modernen Wirtschaftsstrategie auch die gemeinwohlorientierte Ökonomie auftauchen. Wir sollten langsam wissen, dass man mit dem alleinigen Ziel, rücksichtslos zu wachsen und sich zu bereichern, keine Zukunft hat.

Dennoch stimmen wir heute der Abschreibung zu.

Esen Yilmaz (SP)

Immerhin hat der Stadtrat, insbesondere das Präsidiale versucht, etwas für die Wirtschaft von Adliswil, wenn auch zuerst nur auf dem Papier, zu unternehmen. Das ist immerhin besser, als das Gefühl zu haben, etwas in diese Richtung für Adliswil zu tun, aber in Wirklichkeit nur Publicity zu betreiben.

Wenden wir uns doch dem Inhalt der Strategie zu: Wir fordern ein "Unternehmer-Desk" für Adliswil, denn wir befürchten, dass das Zitat: "Sie unterstützt den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft und setzt sich für gute Rahmenbedingungen ein", vermutlich nur ein Zitat bleiben wird. Mit diesen Floskeln kann der Dialog nicht unterstützt und gefördert werden. Deshalb braucht es ein Unternehmer-Desk und nicht eine zentrale Plattform, wie es nebenbei erwähnt wird.

- Es braucht eine gute Mischung von Wohnen und Arbeiten, aber das Zitat: "Die gute Mischung von Wohnen und Arbeiten in Adliswil fördern" könnte als Ziel untergehen. Wann hat Adliswil zuletzt eine strategische Liegenschaft oder Land erworben, mit der sie direkten Einfluss auf das Wohnen und Arbeiten haben könnte? Beispiel: hat man sich mit den Gammelhäuser-Besitzern gegenüber der Migros über einen Renovationskompromiss unterhalten oder sich geeinigt, damit das Wohnen und Arbeiten in Adliswil gefördert wird?
- Warum nur einige Unternehmen und nicht alle Unternehmen befragen? Zitat: "Der lokale Handels- und Gewerbeverein Adliswil hat seinen Mitgliedern im Sommer 2021 den Fragebogen mit einem Begleitschreiben versandt." Beispielsweise wurde ein Unternehmen im, ich betone, Zentrum von Adliswil nicht mal kontaktiert – warum? Warum wurden nur 196 Unternehmen angeschriebenen, wovon nur 58 geantwortet haben? Wenn der Stadtrat für eine solche Strategie nicht alle Unternehmen in Adliswil anschreibt und von diesen nur ein Drittel antwortet, ist das nicht repräsentativ. Gemäss Statistischem Amt des Kantons Zürich von 2017 waren im selben Jahr 1033 Unternehmen in Adliswil ansässig. Somit haben Sie nicht mal 20% der Unternehmen in Adliswil angefragt!
- Dringend eine Bildungseinrichtung (Hochschule/Fakultät) nach Adliswil navigieren, Zitat: "Die Vernetzung, Kommunikation und Wissensteilung sowie die Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungsinstituten und dem Gewerbeverein kann wertvolle Impulse für die Wirtschaftsförderung bringen." Das ist sehr wichtig! Aber hat die Stadt Adliswil in dieser Legislatur je Hochschulen mit dem Gewerbe in Adliswil zusammengebracht? Hat sich die Stadt Adliswil jemals in Sachen Förderung an Unternehmen gewendet, welche vielleicht nicht dem Gewerbeverein angehören? Wieder ein Zitat (zu einer Antwort der Unternehmer): "Der Mangel an qualifizierten Mitarbeitenden angegeben." Die meisten von uns kennen die Story von Google, weshalb sie den Standort Zürich ausbauen – es ist der Zugang zu guten Bildungseinrichtungen und deren guten Absolventen! Warum kooperiert die Stadt Adliswil nicht direkt mit einer Hochschule, fragt sie an, ob sie einen Standort in Adliswil aufbauen möchte? Ob sie Interesse an einem Forschungsstandort in Adliswil hätte?
- Endlich neue Unternehmen anziehen. Hier das Zitat: "Die Zielgruppe «Noch nicht zugezogene Unternehmen» wird durch Massnahmen der Standortförderung Zimmerberg-Sihltal angesprochen." Schon wieder diese Vereinigung. Warum wird diese so wichtige Aufgabe in fremde Hände, nämlich des Vereins gelegt und nicht selbst bewirtschaftet? Wieso erwarten wir immer Unterstützung von aussen, statt mal selbst zu handeln?
- Vernetzung nicht durch Zufall verhindern, sondern die Vernetzung richtig fördern. Zitat: "Regelmässig Vernetzungsanlässe anbieten", das haben hier im Rat schon einige Mitglieder dem Stadtrat gesagt. Auf eine Frage kam die Antwort, kulturelle Anlässe und Good Morning Talk werden für Gespräche genutzt, bzw. sollen von Unternehmen untereinander genutzt werden. Warum organisiert die Stadt nicht ein wöchentliches oder zweiwöchentliches Treffen von Unternehmen mit einem Vertreter der Stadt? So wird die Vernetzung nicht durch Zufall gefördert, sondern wissentlich und willentlich gefördert!
- Der Präsident und der Stadtrat müssen nach aussen gehen. Denn das Zitat: "Als organisatorische Massnahme ist ein stadträtlicher Ausschuss bzw. eine beratende Arbeitsgruppe «Wirtschaft» zu prüfen." Diese Massnahme, welche

hauptsächlich wieder intern geführt wird und sowie dem Stadtpräsidenten und dem Stadtrat die Berührung mit allen Unternehmen in Adliswil wegnimmt, ist nur ein grosser interner Kostenfaktor. Dieser Ausschuss sollte nach draussen zu den Unternehmen gehen, und das wöchentlich und nicht nur zweimal im Jahr! Zudem sollten Profis am Tisch sitzen, welche die Arbeit machen wollen und sich auch die Zeit dafür nehmen!

- Verantwortung übernehmen und keine Berührungängste haben. Man sollte nicht überprüfen, welches Organ die Förderung des Standortes forciert und die Bestandpflege in die Hand nimmt, sondern sollte als Präsidiales Verantwortung übernehmen und den Job ausüben! Falls es zu wenig Kapazität hat, sollte das Amt eine Teilzeitstelle innerhalb der Verwaltung schaffen – Beispiele bei anderen, wirtschaftlich erfolgreichen Städten in der Grösse von Adliswil gibt's genug! (Bülach, Schlieren usw.)

Noch ein Fazit:

Es gibt keine Stärken- und Schwächenanalyse zu Adliswil, eine SWOT-Analyse fehlt. Auch die Analyse, welche Vorteile Adliswil für Unternehmen bietet, ist nicht vorhanden. Es wird zwar Controlling erwähnt, jedoch sind die Aufgaben und die Ziele kaum zu quantifizieren, alle Ausführungen sind, jedenfalls für mich, nicht direkt messbar. In eine Wirtschaftsstrategie gehört auch die Bildung, das Klima, die Landwirtschaft, das Wasser! Auch das fehlt!

Die weitere Entwicklung des Standortes soll systematisiert und fokussiert weitergedacht werden und nicht mit einem internen Gremium, den Leistungszielen und Indikatoren und dem Verein Zimmerberg-Sihltal enden. In der Strategie müsste zudem auch der HGVA, alle KMU's und das Gewerbe für eine enge Zusammenarbeit Platz haben – keine Kommunikationsplattform für den Versand von "Einweg Nachrichten"! Zudem sollte Adliswil nicht von verschiedenen Standorten und Zentren, beziehungsweise Subzentren reden, sondern sich mit Clustern befassen; wie Bio, Tech, Finance usw.! In den Medien war zu lesen, dass ein Spin-Off der ETH sich in Adliswil niedergelassen hat und "Vertikularer Anbau mit Kräutern" betreibt. Das ist eine fantastische Chance für den Standort und den Stadtrat, den es zu packen und auszubauen gilt. Es braucht dringend ein grösseres Budget für die Standortförderung, nämlich eine Arbeitsstelle von 20 bis 40% innerhalb der Verwaltung. Mir fehlen auch Freizeit- und Aufenthaltsqualität, Organisations- und Kooperationsmodelle in dieser Strategie. Nicht zuletzt muss definiert werden, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Zudem ist auch die "strategische Agenda" nirgends – es interessiert doch uns alle, wann was gemacht und umgesetzt wird, oder?

Ich denke, dass ich genug erwähnt und viele Defizite der Strategie aufgezeigt habe. Da vieles noch fehlt, werde ich demnächst einen parlamentarischen Vorstoss einreichen, damit auch alle Stakeholder berücksichtigt werden. Die SP-Fraktion stimmt der Abschreibung des Geschäftes zu.

Mario Senn (FDP)

Ich habe das Gefühl, es wurde gerade etwas viel in diese Wirtschaftsförderungsstrategie hineininterpretiert. Ich kann Ihnen aber sagen, als Erstunterzeichner war es nie mein Anliegen, gerade die ganze Welt oder ganz Adliswil, zu retten. Es ging um eine Wirtschaftsstrategie.

Zur Repräsentation der Unternehmen meine ich, dass es gar nicht so eine grosse Rolle spielt, weil, obwohl wir eine heterogene Wirtschaft haben, es erfahrungsgemäss in etwa immer die gleichen Anliegen sind. Der Gewinn, wenn man alle befragen würde, ist also nur beschränkt gegeben. Man darf auch nicht vergessen, dass es nicht darum geht, dass die Unternehmen ihre Anliegen positionieren, die man dann nicht erfüllen kann. Es geht darum, dass man auf der Ebene der Rahmenbedingungen gescheitete Schlüsse zieht. Wir haben in der Schweiz, und darauf können wir stolz sein, eine sehr offene staatliche Verwaltung auf allen Staatsebenen. Wenn ein Unternehmen wirklich ein Problem hat, stehen alle Türen offen und man kann seine Anliegen anbringen. Es ist aus meiner Sicht darum nicht wahnsinnig problematisch, dass der Rücklauf nicht so gross war, wie man ihn sich gewünscht hätte.

Das Thema Hochschulen finde ich einen interessanten Ansatz. Nur wenn man sich als interessanten Wirtschaftsstandort international positionieren möchte, müssen wir auch unsere Gemeindegrenzen kennen und sagen, wir sind in unmittelbarer Nähe von ETH, UZH, Fach-Hochschulen usw. Darum finde ich nicht nötig zu sagen, dass wir nun zwingend eine solche in Adliswil haben müssen.

Das Kleingewerbe und die Landwirtschaft wurden erwähnt. Das kann man gut so sehen, muss aber allerdings festhalten, dass auf der Seite der Steuern, gerade bei den Juristischen Personen, wo wir einen gewissen Bedarf haben, bringen solche Betriebe gar nichts, denn sie zahlen praktisch keine Steuern. Darum ist das eher schöngeistig und bringt letztendlich doch keine Mittel in unsere Kasse, um wirklich gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Zum Thema Marketing und Standortpromotion: ich würde es Farid Zeroual sehr gönnen, wenn er eine Wirtschaftsmission aus Adliswil anführen und dann nach Boston fliegen könnte, um dort für den Standort Adliswil zu werben. Aber ich glaube, das wäre herausgeworfenes Geld. Nicht einmal der Kanton Zürich macht selber Standortpromotion, sondern er hat sie ausgelagert, man macht sie mit anderen Kantonen zusammen. Wie man auf die Idee kommt, dass so etwas von der Stadt Adliswil selber gemacht werden soll, weiss ich also nicht.

Rahmenbedingungen auf Gemeindeebene sind selbstverständlich wichtig, aber sind eben nur einen Teil davon. Man kann nicht ausser Acht lassen, was auf kantonaler und auf eidgenössischer Ebene läuft. Wenn man zwischendurch sieht, wie Betriebe sich in den Kanton Zug verlagern, dann können wir noch so eine gute Standortförderung haben, wenn diese Grundlagen nicht stimmen, ist alle Mühe vergebens.

Zusammenfassend finde ich es eine gute Ausgangslage, die uns der Stadtrat vorgelegt hat. Sicher kann man sie noch verbessern, wir werden im Sommer über Leistungsziele und Indikatoren diskutieren, welche dann vielleicht etwas mehr Klarheit schaffen und der Rest wird sich zeigen, meine Damen und Herren. Aber die Vorstellung, dass jetzt eine Stelle in der Stadtverwaltung ein Wunder vollbringt und unsere Kassen füllt, finde ich falsch.

Stadtpräsident Farid Zeroual

Ich danke für die differenzierte Auseinandersetzung mit der Version 1.0 der niedergeschriebenen Wirtschaftsstrategie. Die Stadt Adliswil hatte schon lange eine Wirtschaftsstrategie, aber in dieser Legislatur ist es dieser Verwaltung erstmals aufgrund eines Auftrages des Parlaments gelungen, alles zu verschriftlichen, was bisher als

lose Sammlungen von Aktionen und Anstrengungen vorhanden war und in einem Dokument zusammen zu fassen. Die differenzierte Auseinandersetzung hat auch mir geholfen, bereits wieder den Blick nach vorne zu schärfen. Ich habe mir aufgeschrieben, was die nächsten Handlungsfelder sein werden:

- eine SWOT-Analyse verschriftlichen
- einen Phasenplan abbilden, wie es bei den Handlungsfeldern weitergehen soll
- der Einbezug von Bildung und Forschung
- Dass man als Standortsorganisation einer Gemeinde nicht unabhängig, sondern im Verbund mit der Region operiert. Oder mit dem Bezirk und der Bezirk im Verbund mit der Region Zürich und dann mit dem Verbund mit der nationalen Standortförderung operiert. Das ist wichtig, denn auch Standortförderungen sind subsidiär organisiert. Es ist nicht Schlieren, das nach Amerika oder irgendwo in die Welt fliegt, sondern sie sind vernetzt mit Akteuren auf den jeweiligen Stufen im Staat.

Zu der SWOT-Analyse möchte ich gerade noch ein paar Eindrücke, die ich in den vergangenen Jahren/Jahrzehnten gewinnen durfte, anbringen. Der Steuerfuss ist eine untergeordnete Grösse bei der Firmenansiedlung. Anders wäre es ja auch nicht zu erklären, dass eine Swiss Re aus dem steuergünstigen Adliswil in die Steuerhölle Stadt Zürich umzieht.

Die Verkehrsanbindung ist auch ein Thema. Dort versuchen wir den lokalen Verkehr zu verbessern. Was ich aber in vielen Gesprächen mit interessierten Unternehmen immer wieder höre, ebenfalls im Austausch mit Stadtpräsidenten von Schlieren und anderen Gemeinden, mit denen ich einen Austausch pflege, es ist für viele Firmen eine Anbindung an den Flughafen essenziell. Oder wird als das begründet. Anders lässt sich die Präsenz von einer SAP, einer Microsoft, HUAWEI und vielen Telco in Zürich Nord gar nicht erklären. Diese suchen nicht die Naturschönheit unseres Wildnisparks und den freien Sihl Zugang, sondern sie suchen explizit die Nähe zum Flughafen.

Zum Thema Bildung und Forschung möchte ich darauf hinweisen, dass neben der ZHAW in Wädenswil, welche beileibe kein grosser Steuerzahler ist, was ich in Erinnerung behalten möchte, verfügt unsere Region über ausgezeichnete Bildungs- und Forschungsinstitutionen. Eine davon ist ZIS, aber auch eine Rudolf-Steiner-Schule in der Gemeinde Adliswil und in unmittelbarer Gehdistanz das IBM-Research-Lab, welches eine Public Privat Partnership mit der ETH, das Nano-Forschungslabor betreibt. Ich kann versichern, es gibt einige Private, welche genau in solchen Institutionen oder unter anderem auch bei Google arbeiten, ihren Wohnsitz in Adliswil haben.

Es stimmt, wir sind unterwegs zu Firmen, insofern wir auch Zugang zu den Agenden der jeweiligen CEOs bekommen. Zur Standortförderung bieten wir auch immer wieder Anlässe an, wo wir Firmenchefs einladen. Ich kann Ihnen sagen, es ist mir jedes Mal eine Freude, CEOs von vielen Unternehmen an solchen Anlässen zu begrüssen, häufig ist es aber so, dass ein CEO nur dann mit einer Gemeinde oder mit einer Standortförderung in Kontakt tritt, wenn er ein Anliegen hat, einfach, weil das Führen von einem erfolgreichen Unternehmen eine sehr zeitraubende und intensive Tätigkeit ist. Ich bin stolz, wenn wir an unseren Unternehmer-Frühstücken oder sonstigen Anlässen wirklich spannende Themen präsentieren können, welche den CEO auch

einen Mehrwert generieren. Denen von Adliswil und auch solchen, welche unter Umständen einmal nach Adliswil kommen werden mit ihren Betrieben.

Ratspräsident Simon Schanz

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Ziffer 1 Die Strategie Wirtschaftsförderung Adliswil wird zur Kenntnis genommen.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2 Die Motion Wirtschaftsstrategie für Adliswil von Mario Senn (FDP), Daniela Morf (SVP), Daniel Frei (FW), Walter Uebersax (Die Mitte), Hanspeter Clesle (EVP) und Reto Buchmann (FDP) vom 3. Juni 2020 wird als erledigt abgeschrieben.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3 Dieser Beschluss ist vom Referendum ausgeschlossen.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1-2 im amtlichen Publikationsorgan.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 4 Mitteilung von Dispositivziffer 1-2 an den Stadtrat.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung

Sie haben der Vorlage mit 32 Stimmen zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Damit haben Sie die Strategie Wirtschaftsförderung Adliswil zur Kenntnis genommen und die Motion Wirtschaftsstrategie für Adliswil von Mario Senn (FDP), Daniela Morf (SVP), Daniel Frei (FW), Walter Uebersax (Die Mitte), Hanspeter Clesle (EVP) und Reto Buchmann (FDP) vom 3. Juni 2020 als erledigt abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

Es gibt einen fünfzehnminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20.45 Uhr weiter.

4. Pilotversuch einer Tagesschule in Adliswil (GGR-Nr. 2021-282)

Motion von Katharina Willimann (SP), Sait Acar (SP), Wolfgang Liedtke (SP) und Mitunterzeichner vom 22. September 2021

Die Schulpflege beantragt mit Beschluss vom 25. November 2021 die Ablehnung der Motion. Der Rat hat heute über Überweisung oder Ablehnung der Motion zu entscheiden.

Katharina Willimann (SP)

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Dies und neue pädagogische Erkenntnisse verlangen nach einer Weiterentwicklung der Volksschule. Insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Eltern mit Kindern im Schulalter eine Herausforderung. Vor allem aber helfen Tagesschulen den Kindern: Sie fordern Sozialkompetenz, bessere Leistungen und – mit Angeboten zur Aufgabenhilfe – die Chancengleichheit. Trotzdem war die Ablehnung unserer Motion voraussehbar.

Im Wissen, dass die Tagesschulen eingeführt werden müssen, weil uns das eines Tages vorgeschrieben wird, setzen wir uns ein, für ein Projekt, das mit Weitsicht jetzt vorbereitet werden kann. Die Ablehnung wird hauptsächlich mit den zu erwarteten Kosten begründet. Die wachsende Stadt, welche auch wachsende Schülerzahlen generiert, fordert uns auf, zu planen. Mit oder ohne Tagesschule werden hohe Kosten auf uns zukommen.

Heute wurde in der Zürichsee Zeitung (ZSZ) über das Projekt beim Schulhaus Wilacker informiert. Budgetiert ist das Projekt mit 11,5 Millionen. Es umfasst eine Turnhalle und drei Kindergärten. Dieser Neubau ist dringend nötig, um den steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden, so Markus Bürgi, unser Schulpräsident und er fügt an, dass eine vorausschauende Planung sehr wichtig ist.

Was war die Intention unserer Motion?

Wenn Tagesschulen durch den Kanton eingeführt werden müssen, muss innert relativ kurzer Zeit eine Infrastruktur geschaffen werden. Es müssen zusätzliche Räumlichkeiten bereitgestellt werden, eventuell braucht es auch neue Standorte, sowie auch Personal. Bei den letzten Erweiterungen und Modernisierungen von Schulhäusern wurde es versäumt, eine räumliche Flexibilität für die Ansprüche einer Tagesschule zu schaffen. Dies wird in absehbarer Zukunft hohe zusätzliche Kosten bedeuten, welche vermeidbar gewesen wären. Mit dem Pilotversuch einer Tagesschule können Strukturen und Planungen vorbereitet werden, die dann bei einer kantonalen Einführung der Tagesschule finanzielle und organisatorische Vorteile bringen.

Wie beim Neubau Wilacker hervorgehoben wird, können positive Synergien genutzt werden. Im Bereich Betreuung und Mittagstisch. Aber wird in der Planung für Wilacker eine zukünftige Einführung einer Tagesschule berücksichtigt? Im Kantonsrat wurde ein Vorstoss der SP, GLP und EVP für eine Anschubfinanzierung für die Einführung von Tagesschulen überwiesen. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, dass es für Gemeinden demnächst finanzielle Unterstützung bei der Einführung von Tagesschulen geben könnte. Wir dürfen aber nicht nur kostenorientiert denken. Unseres Erachtens ist das kurzfristig gedacht. Es geht um die Schwächsten in unserer Gesellschaft, für welche wir Verantwortung übernehmen müssen. Wie schon anfangs

gesagt, wird die Tagesschule nicht nur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen, sondern was für unsere Kinder sehr wichtig ist - Chancengerechtigkeit und Lebensraumschulung ermöglichen. Sehr viele Angebote sind unter einem Dach, was die Zusammenarbeit und den Austausch in den verschiedenen Bereichen erleichtert. Es werden alle Kinder erfasst, auch jene aus sozialschwachen Familien, welche von ihren Eltern, sei es aus finanziellen oder auch anderen Gründen nicht im bestehenden Modell angemeldet werden. Dies trägt auch zu einer Bildungsgerechtigkeit bei, welche immer wichtiger wird, um in unserer Gesellschaft zu bestehen.

In einem Artikel vom letzten Jahr in der NZZ war zu lesen, dass Eltern und Schüler anhand einer Umfrage mit dem Projekt in der Stadt Zürich zufrieden sind. Wir appellieren an die Gemeinderäte für die Überweisung zu stimmen, damit sich das Ressort Bildung konzeptionell und mittels Ausarbeitung von Kreditanträgen auf die Einführung der Tagesschule vorbereiten kann und wir eine genauere Orientierung über die mit einer Tagesschule verbundenen Kosten und kantonalen Unterstützungszahlungen erhalten.

Die Motion fordert ein Konzept sowie Kreditanträge für einen Pilotversuch und für den Betrieb. Sie fordert nicht die Einführung der Tagesschule. Der Gemeinderat wird zu einem späteren Zeitpunkt über die Kreditanträge beraten und beschliessen können.

Daniela Eggenberger (SVP)

Als ehemalige Schulpflegerin war ich beim Konzept Schule+ involviert. Das Konzept Schule+ deckt alle Bedürfnisse ab. Es bietet kostenlos Morgenbetreuung von 7.30 bis 8.15 Uhr und die Hausaufgabenstunde an. Der Mittagstisch von 12 bis 13.30 Uhr und der Nachmittagshort von 13.30 bis 18.00 Uhr sind kostenpflichtig. Von diesen Angeboten können alle Kinder vom Kindergarten bis zur Primarschule profitieren, wenn sie wollen. Die Eltern können selber entscheiden, welches Leistungsangebot sie für ihr Kind möchten. Das aktuelle schulergänzende Betreuungsmodell der Stadt Adliswil unter dem Konzept Schule+ ist seit ungefähr fünf Jahren etabliert und bedürfnisgerecht. Schule+ ist eine Super-Lösung für die Stadt Adliswil. Eine Tagesschule ergibt unnötige Bürokratie, einen Verwaltungsvorgang, und kostet Unmengen Steuergelder. Für die SVP kommt kein Pilotversuch von einer Tagesschule in Frage, darum lehnt die SVP-Fraktion die Motion einstimmig ab.

Vera Buchmann-Bach (FDP)

Wir von der FDP-EVP-Fraktion haben schon etwas gestaunt, als wir diese Motion gelesen haben. Wer selber schulpflichtige Kinder hat und schulergänzende Betreuung in Adliswil beansprucht, weiss, dass wir hier in Adliswil bereits eine Tagesschule haben. Das aktuelle schulergänzende Betreuungsmodell der Stadt Adliswil unter dem Konzept Schule+ ist etabliert und bedürfnisgerecht. Das Leistungsangebot ist modular aufgebaut. Die Eltern können die Betreuungsangebote individuell ihrem jeweiligen Familienmodell entsprechend flexibel in Anspruch nehmen. Das heisst, Eltern können, wenn sie möchten oder darauf angewiesen sind, ihre Kinder jeden Arbeitstag von morgens bis abends in der Schule betreuen lassen, mit den Möglichkeiten zur Aufgabenhilfe und zu einem geregelten Mittagessen. Die Morgenbetreu-

ung, welche bereits um 7:30 Uhr startet und die Hausaufgabenstunde, welche nachmittags stattfindet und Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, bei Bedarf Hausaufgaben im betreuten Rahmen zu lösen, sind in Adliswil sogar kostenlos.

Die in der Motion geforderten Ziele von Bildungsgerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Gleichstellung können bereits mit dem bestehenden Konzept Schule+ erreicht werden. Wesentliche Unterschiede zum Modell von Zürich sind das Anmeldeverfahren und die viel stärkere Subventionierung. Sogenannte "gebundene Mittagessen" oder eine gebundene Tagesschule, bei welcher die Kinder automatisch angemeldet sind, sowie ein Einheitstarif, wie dies beim Projekt Tagesschule 2025 gehandhabt wird, erachten wir als den falschen Weg, denn dies führt zu einer Bevorzugung der staatlichen Kinderbetreuung gegenüber der Eigenbetreuung. Ein Praxisbeispiel aus der Stadt Zürich zeigt: Wenn Sie dort ein Kind jeden Tag in die Tagesschule schicken, dann bezahlen Sie 6 Franken für Mittagessen und Betreuung. Wenn Sie das nicht wollen, es abmelden und es nur ein- oder zwei- oder dreimal schicken, bezahlen Sie pro Mittagessen für exakt die gleiche Leistung in derselben Gruppe 33 Franken. Solche Preisanreize sagen klar, welches das richtige und welches das falsche Familienmodell sein soll. Die Kinder müssen jeden Tag gehen, wenn man die 6 Franken bezahlen möchte, sonst bezahlt man 33 oder bis zu 33 Franken. Wir wollen keine Bevorzugung von auferlegter Kinderbetreuung gegenüber Eigenbetreuung. Jede Familie soll ihr Familienmodell frei wählen können, ohne besonders bevorteilt oder benachteiligt zu werden. Eine solche Gleichmacherei wollen wir nicht. Denn eine solche Gleichmacherei findet letztlich auch gegen unten statt. Es gibt auch Kinder, die könnten von ihren Eltern besser gefördert werden, als in staatlicher Obhut. Und diese Kinder würden in einem solchen System plötzlich kürzer kommen oder an Privatschulen wechseln. Integration und Förderung aller Kinder sieht für uns anders aus.

Die Wahlfreiheit und Flexibilität ohne Bevorzugung und Benachteiligung erachten wir als zentral und wichtig. Eine solche Bevormundung der Familien, wie sie hier gefordert wird, macht Adliswil sicherlich nicht attraktiver. Das Betreuungsbedürfnis ist unbestritten, gefordert sind jedoch flexible, modulare Tagesstrukturen, wie wir sie in Adliswil bereits haben. Diese sind kostengünstiger und effizienter. Nur weil auf einmal alle Kinder in der Schule essen müssen, nimmt die Qualität nicht automatisch zu. Im Gegenteil. So hat die Qualität der Betreuung in Zürich seit der Einführung deutlich abgenommen. Was das Beispiel Zürich ebenfalls aufzeigt, die Einführung einer derartigen Tagesschule führt zu massiv erhöhten Kosten. Wir haben es in der Budgetsitzung im Dezember gehört. Der Steuersatz von 102 % reicht gerade mal so für den aktuellen Haushalt. Eine Tagesschule, wie sie die SP fordert, ist wie oben ausgeführt nicht vorteilhafter und schlicht nicht finanzierbar. Die Infrastruktur ist ebenfalls bereits am Anschlag. Auch hier würden Mehrkosten entstehen.

Kurz zusammengefasst:

Die FDP-EVP-Fraktion setzt sich für eine freie Wahl des Familienmodells und der Kinderbetreuung ein. Dazu braucht es entsprechende Strukturen. Diese sind in Adliswil gegeben und zwar bedarfsorientiert, modular und insbesondere flexibel. Daher sehen wir keinen Bedarf für ein solches Pilotprojekt.

Florian Kälin (Die Mitte)

Die Mitte-GPL-Fraktion hat die Rückmeldung der Schulpflege mit sehr grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Wir erachten es als gewinnbringend, dass die

Schule in Adliswil nicht das Ziel verfolgt, möglichst viele Schülerinnen und Schüler schulergänzend zu betreuen, sondern eine höchstmögliche Flexibilität mit bester Qualität anstrebt. Das wird sehr deutlich, wenn man die gesetzlichen Grundlagen und die in Adliswil verfügbaren Betreuungsangebote vergleicht. Entgegen einer starren und verpflichtenden Betreuungslösung setzt Adliswil auf ein flexibles und bedarfsgerechtes Angebot, das auch aus finanzieller Sicht für alle attraktiv ist. Das zeigt sich deutlich, wenn man den stetig steigenden Bedarf in Adliswil nach flexiblen Betreuungsangeboten anschaut.

Die in der Postulat Antwort aufgeführten Mengengerüste zeigen, dass sich das Modell Schule Plus, welches in der Legislatur 2014 - 2018 eingeführt wurde, bis heute bewährt. Das flexible Betreuungsangebot bewährt sich nicht nur im Hinblick auf eine bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsleistungen. Es bewährt sich auch als kosteneffiziente Lösung, die mit einer zweckmässigen Subventionierung einhergeht.

Der Mitte Fraktion ist es wichtig, ein flexibles, bedarfsgerechtes Betreuungsangebot, welches unterschiedliche Familienmodelle unterstützt, zu erhalten. Wir sind der Meinung, dass das Modell Schule+ nicht nur in Sachen Flexibilität, Zweckmässigkeit und Finanzierbarkeit erfolgreich ist, sondern auch in der Zukunft gegenüber der Tagesschule mehr Vorteile für alle mit sich bringt.

Ein Pilotprojekt, welches in ein starres Modell einer Tagesschule führt, lehnt die Mitte-GLP-Fraktion ab.

Heinz Melliger (FW)

Wir beschliessen heute, ob die Motion der SP an den Stadtrat überwiesen werden soll oder nicht, obwohl wir nicht einen Beschluss des Stadtrats vorliegen haben, sondern einen Ablehnungs-Beschluss der Schulpflege - scheint mir etwas seltsam, aber das kann mir ja jemand nach der Ratssitzung erklären.

Für die sehr detaillierte Erwägung der Schulpflege zum Motionsantrag möchten wir uns gerne bedanken. Sie ist knapp aber sehr klar und verständlich formuliert und zeigt sehr genau auf, welche Stärken die bestehenden Tagesstrukturen der Schule+ in Adliswil bereits heute aufweisen, und welche Nachteile das Modell der Stadt Zürich im Vergleich dazu beinhaltet.

Für uns zeigt dies wieder mal deutlich auf, dass die Bedürfnisse der Eltern für Tagesstrukturen in der Stadt Zürich zwar vergleichbar sind, wie in der Stadt Adliswil, dass es aber bei der Umsetzung verschiedene Varianten, Ausprägungen und Lösungen geben kann. Und hier spielt wohl der Grössenunterschied der Schule und die Anzahl Schüler zwischen Zürich und Adliswil die entscheidende Komponente. Die ausführlichen Erklärungen zum bestehenden Modell der Tagesstrukturen in Adliswil, das Aufzeigen der Unterschiede und Nachteile bezüglich des Modells der Stadt Zürich, bringen uns zum Fazit, dass es keinen Handlungsbedarf in Adliswil gibt, etwas gut Funktionierendes zu ändern. Ausser, man will alle Investitionen, und da denken wir nicht nur an bereits ausgegebene Gelder, sondern auch an Ressourcen und Arbeitszeit in der Adliswiler Schulbehörde, über Bord kippen und neu anfangen mit einer Kopie des Modells aus der Stadt Zürich, wo wir jetzt keine Vorteile sehen.

Aber meine Ratskolleginnen und -kollegen, ihr wisst in welcher Situation wir finanziell stehen - wir können uns solche Extra-Schleifen nicht leisten, auch, wenn wir den Steuerfuss um 2 % erhöht haben. Die Erhöhung des Steuerfusses brauchen wir, um

die Verschuldung im Griff zu haben, und nicht um neue Töpfe für Ausgaben zu finden, wo wir jetzt schon den Erfolg hinterfragen.

Die Tagesstruktur in Adliswil funktioniert und ist flexibel, und ich bin mir sicher, dass das Adliswiler Modell auch künftig angepasst wird, wenn es denn auch notwendig wird. Dieses Geld für einen Probetrieb auf einer Schule auszugeben, können wir uns tatsächlich sparen und für bessere und zielführendere Projekte einsetzen, zum Beispiel im Bereich des ÖV.

Ihr habt es sicher aus meinen Ausführungen feststellen können, die Freien Wähler wollen diese von der Schulpflege abgelehnte Motion nicht an den Stadtrat überweisen.

Marianne Oswald (GP)

Das Thema wurde in unserer Fraktion kontrovers diskutiert. Prinzipiell stehen wir der Idee einer Tagesschule positiv gegenüber sowie wir auch die Schule+ positiv beurteilen. Die Frage ist vor allem "wann" und "wie"? Einerseits macht es Sinn, der Frage nachzugehen, wohin die Schule sich entwickeln soll, wie sie in zehn Jahren aussehen könnte. Es ist auch wichtig zu wissen, was die Bedürfnisse der Eltern sind, und natürlich was jene der Kinder.

Ein Konzept ausarbeiten, schauen wie und ob das funktionieren könnte und ob eine flächendeckende Tagesschule überhaupt finanzierbar ist, das sind die Ziele dieser Motion. Die Frage stellt sich jedoch, ob die Schule Adliswil momentan die Kapazität hat. Organisatorisch, personell, räumlich. Überfordern wir die Schule zum jetzigen Zeitpunkt nicht? Zumal die Schule+ noch nicht so lange läuft und sich der wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern immer wieder anpassen muss?

Entstehen bei einem Pilot-Projekt nicht Ungerechtigkeiten, weil die Kinder, die daran teilnehmen, weniger bezahlen als die anderen?

Diese kontroverse Debatte bildet sich auch in unserem Stimmverhalten ab.

Daniel Frei (FW)

Das Votum von Katharina Willimann hat mich als Familienvater von vier Kindern etwas schockiert. Ich verstehe absolut, dass sich die heutigen Familienmodelle verändert haben und sich Vereinbarung von Familie und Beruf verschoben hat. Meine Meinung ist definitiv nicht konservativ und doch finde ich, dass die eigene Familie das wertvollste Gut ist. Keine Meinung ist richtig oder falsch, es muss doch jede Familie für sich entscheiden. Ja, es ist ein wachsendes Bedürfnis da, aber ich spüre hier einen gewissen Zwang. Denn das Bedürfnis nach Tagesstruktur von einer Tagesschule trifft noch lange nicht für jede Familie zu. Früher hatte man dieses Angebot nicht, aber heute sind solche Betreuungsstrukturen da. Ich unterstütze diese, auch wenn ich sie selber nicht gebraucht hätte. Es schockiert mich, wenn es einen Zwang zur Tagesschule geben soll, denn dieses Model kann für gewisse Familien wirklich falsch sein. Lasst jedem seine Freiheit!

Gabriel Mäder (GLP)

Die Initiative, die im Kantonsrat eingereicht wurde, heisst "Zugang zu Tagesschulen". Sie wurde von der FDP, den Grünen, der GLP und der Mitte eingereicht. Sie hat explizit vorgesehen, dass man Tagesstrukturen als gleichberechtigte Alternative vorsieht. Nun ist das in den Kommissionen und es gibt natürlich Parteien, die das

auf die eine oder andere Seite ziehen wollen. Aber als Antwort auf die heutigen Voten denke ich, dass die Parteien weiterhin hinter ihrem dazumal eingereichten Vorschlag stehen. Darum glaube ich, dass wir mit unserem Modell, welches wir heute haben, für die Zukunft gut positioniert sind.

Stadtrat Markus Bürgi

Auf die Motionsantwort der Schulpflege möchte ich an dieser Stelle nicht im Detail eingehen, ich glaube wir haben unsere Analyse und unser Fazit bereits ausreichend umfassend schriftlich dargelegt.

Wichtig ist es mir aber, an dieser Stelle nochmals zu unterstreichen, dass unser heutiges schulergänzendes Betreuungsangebot in der Stadt Adliswil vollumfänglich den gesetzlichen Anforderungen entspricht und insbesondere auch die umfassende bzw. jeweils ganztägige Betreuung von Kindern an sämtlichen Wochentagen ermöglicht – wir haben also bereits heute eine modulare Tagesschule. Mit dem Konzept Schule+ ist ausserdem die Verzahnung von Betreuungs- und pädagogischem Betrieb schon einige Jahre gelebt und wird fortlaufend weiter ausgebaut.

Der Schulpflege zielt damit insbesondere auf ein Angebot mit bestmöglicher Qualität und nicht auf höchstmögliche Betreuungszahlen. Den Eltern soll so ein flexibles Betreuungsangebot offeriert werden, das den jeweiligen Bedürfnissen flexibel entgegenkommt. So soll die Wahl eines bestimmten Familienmodells – sei es die ausser-schulische Kinderbetreuung alleine durch die Eltern, tageweise oder eben umfassende Fremdbetreuung – gänzlich den Eltern überlassen werden. Dass das Adliswiler Modell gut funktioniert und etabliert ist, zeigen nicht nur die Resultate der jährlichen Elternbefragungen. Auch unsere Fachspezialisten und Kader im Betreuungsbereich stehen voll und ganz hinter unserem aktuellen Ansatz.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch eine Randbemerkung: Schaut man auf die Maximalgebühren für den regulären Mittagstisch bei uns in Adliswil – 19 Franken – und in der Stadt Zürich – 33 Franken –, scheinen wir das sogar noch fast doppelt so kosteneffizient zu machen wie die Kollegen im Norden.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einem Ausblick und einer Bitte enden: Dass die Kosten für unsere Betreuungsleistungen weiter ansteigen werden und wir mehr Ressourcen dafür benötigen werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Das hat mit dem anhaltendem Wachstum der Stadt sowie dem weit überproportionalen Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler zu tun. Notabene ein deutlicher Hinweis darauf, dass Adliswil bereits heute ein äusserst attraktiver Wohnort für Familien zu sein scheint. Mit unserem aktuellen Modell können wir der steigenden Nachfrage dank grossem Engagement der involvierten Betreuungsmitarbeitenden noch gut gerecht werden und erfüllen zudem die zentralen Forderungen der Motion bereits heute. Ich bitte Sie daher, auf Experimente zu verzichten und dieses etablierte System nicht den Risiken von negativen Einflüssen auf die Betreuungsqualität sowie massiven Kostensteigerungen auszusetzen.

Ratspräsident Simon Schanz

Abstimmung

Der Rat lehnt die Motion mit 24 Stimmen zu 9 Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten (GGR-Nr. 2021-272)

Postulat von Mario Senn (FDP), Sebastian Huber (SVP), Daniel Frei (FW) und Hanspeter Clesle (EVP) vom 2. September 2021

Der Stadtrat nimmt mit Beschluss vom 30. November 2021 das Postulat entgegen. Es kommt nur zur Abstimmung im Rat, wenn jemand von Ihnen einen Ablehnungsantrag stellt. Ansonsten gilt das Postulat als überwiesen.

Mario Senn (FDP)

Adliswil hat sich in den letzten Jahren stark und insbesondere mit hoch verdichteten Grossprojekten entwickelt. Und das dürfte ein Stück weit so weitergehen, wie der Stadtrat ja in seiner Antwort auf die Interpellation von Silvia Helbling und mir vom letzten Sommer dargelegt hat.

Ist diese Entwicklung nachhaltig? Ich will jetzt gar nicht auf die Frage eingehen, ob grosse Betonhochhäuser schön sind oder nicht, das ist sehr subjektiv und liegt im Auge des Betrachters, sondern möchte auf die ganz sachlichen Aspekte fokussieren. Bezüglich unserer städtischen Finanzen müssen wir die Frage der Nachhaltigkeit offenbar klar mit «Nein» beantworten. Viele unserer Ausgaben und der Ausgabenerhöhungen hängen mit dem Wachstum der Stadt zusammen – und offensichtlich wachsen die Steuereinnahmen nicht im gleichen Ausmass. So eine Entwicklung kann nicht nachhaltig sein. Wir müssen uns also ganz genau überlegen, ob und in welchem Ausmass wir künftigen, stark verdichteten Grossprojekten zustimmen. Denn grundsätzlich gibt es keine Verpflichtung dazu. Auch wenn immer wieder gesagt wird, der Kanton erwarte, dass Adliswil verdichte, kann er uns dazu nicht zwingen.

Mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen ist bei uns die Einsicht gereift, dass verdichtete Grossüberbauungen nicht zu einem finanziellen Risiko werden dürfen. Darunter würden nämlich alle anderen Adliswiler leiden: Es sind sie, die dann weniger Mittel zur Verfügung haben. Damit wir also die noch kommenden Überbauungsprojekte, die dem Parlament vorgelegt werden, sauber prüfen können, brauchen wir Transparenz. Aus diesem Grund fordert das Postulat mehr und bessere Entscheidungsgrundlagen. Der Stadtrat soll bei solchen Vorlagen auch die finanzielle Seite ausleuchten müssen. Gefordert wird, dass der Stadtrat aufzeigt, welche finanziellen Auswirkungen sich ergeben und wie die indirekten und direkten Kosten durch die ordentlichen jährlichen Steuer- und Gebührenzahungen in diesen Liegenschaften getragen werden. Nur so kann dargelegt werden, ob ein Bauprojekt finanziell nachhaltig ist oder ob es einfach zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der jetzigen Bewohner führt.

Heute haben wir das nicht, wir sind quasi im Blindflug. Wir bewilligen ein Projekt und irgendwann später kommt der Stadtrat und legt uns Kreditanträge vor. Oder er legt uns mit seinem Budgetantrag dar, wie die laufenden Kosten steigen. Dann ist es aber schon zu spät und wir haben selber keinen Handlungsspielraum mehr. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegen zu nehmen. Dafür besten Dank. Zurecht schreibt der Stadtrat in seiner Stellungnahme, eine solche Schätzung sei nicht ganz einfach. Das sind wir uns völlig bewusst. Jedoch stellen wir uns das gar nicht so kompliziert vor: Für jede neue Überbauung könnte der Stadtrat zum Beispiel Vergleichsdaten von anderen, ähnlichen Überbauungen in Adliswil heranziehen. Wie

viele Personen, wie viele Ältere, wie viele Erwerbstätige, wie viele Personen mit wirtschaftlicher Sozialhilfe, wie viele Kinder usw. leben in vergleichbaren Überbauungen? Wie hoch sind dann aber auch die Steuerzahlungen? Klar, eine solche Herleitung ist wie jede Schätzung mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Wie übrigens jeweils auch beim Budget und bei allen anderen Projekten, über die wir hier beschliessen. Aber nur weil es nicht ganz einfach ist zu schätzen und vielleicht etwas ungenau ist, kann die Antwort doch nicht einfach sein, dass man es gar nicht erst versucht. Es liegt dann am Stadtrat, die Annahmen, die hinter der Schätzung stehen, transparent offen zu legen. Dann kann man immer noch diskutieren, ob bspw. die Annahme der Anzahl Schulkinder zu hoch oder zu tief sei. Aber immerhin diskutiert man dann darüber. Und man hat zumindest eine Ahnung, ob ein Projekt weit davon entfernt ist, seine Kosten zu tragen oder ob wir in einem Bereich sind, wo es finanziell aufgehen könnte. Wie gesagt: Heute ist nicht einmal das möglich. Heute sind es mehr persönliche Einschätzungen von einzelnen Stadträten und Verwaltungsmitarbeitern, dass diese Projekte finanziell lohnenswert seien und die Budgetanträge aber dann etwas ganz Anderes zeigen. Als Parlament sind wir es den Bürgern doch einfach schuldig, dass wir diese Transparenz einfordern.

Was ich auch betonen möchte: Wichtig ist die langfristige Betrachtung. Zentral ist, dass die wiederkehrenden Ausgaben und die wiederkehrenden Einnahmen im Gleichgewicht sind. Eine einmalige Zahlung wie sie der Mehrwertausgleich vorsieht, kann deshalb die Verdichtungskosten nicht nachhaltig decken.

Zum Abschluss wiederhole ich, was ich schon mehrmals gesagt habe: Wir brauchen eine Stadtentwicklung, an welcher wir uns nicht verschlucken. Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die wir uns auch leisten können. Alles andere ist nicht nachhaltig. Damit wir diese Bedingung erfüllen können, brauchen wir Transparenz. Und die schaffen wir mit diesem Postulat. Ich danke Ihnen für eine Zustimmung.

Sebastian Huber (SVP)

Mit unserem Vorstoss möchten wir bei baulichen Planungen mehr Transparenz in Bezug auf die Kosten und die Deckung der Ausgaben, insbesondere die Deckung der direkten und indirekten Kosten erreichen. Dazu gehören unter anderem zusätzliche einmalige und wiederkehrende Kosten für:

- die Erstellung, den Unterhalt und den Betrieb von Infrastrukturen zur Erschliessung, Ver- und Entsorgung;
- den Ausbau und den Betrieb des öffentlichen Verkehrs;
- die Beschulung der Kinder und allenfalls für zusätzlichen Schulraum;
- die Erstellung, den Unterhalt und den Betrieb von Infrastrukturen für Sport und Freizeit;
- die Kinder- und Schülerbetreuung;
- Zusatzleistungen;
- die wirtschaftliche Sozialhilfe;

Für die Finanzen der Stadt Adliswil ist dies zentral. Es ist wichtig, dass die Mehrkosten, welche der Stadt Adliswil durch neue Bauten entstehen, verbrauchergerecht

durch entsprechende Steuereinnahmen auch gedeckt werden können. Unser Vorstoss ermöglicht somit, ein wirklichkeitsnahes Bild zu erhalten, ob ein Verdichtungsprojekt für die Stadt Adliswil finanziell nachhaltig realisiert werden kann. Ganz grundsätzlich ist es aus unserer Sicht wichtig, dass die Politik in Zukunft bei der Beurteilung von Bauten auch ein besonders Merkmal auf die Bau- und Wohnqualität wirft. So kann garantiert werden, dass sich in Adliswil in Zukunft eine nachhaltige und für Adliswil wertfördernde Bauentwicklung etabliert. Weiter können die (Mehr-)Kosten der Verdichtung transparent gemacht und in die politischen Entscheidungsprozesse, insbesondere auch hier im Gemeinderat, mit einbezogen werden. Wir danken dem Stadtrat, dass er bereit ist, unser Postulat entgegenzunehmen.

Gabriel Mäder (GLP)

Wir haben es bereits mehrfach gehört, im vorliegenden Geschäft geht es darum Transparenz zu schaffen. Transparenz ist ein Anliegen, das bei der Mitte-GLP-Fraktion sehr hohe Priorität geniesst. Wenn wir dem Stadtrat aber neue Aufträge erteilen, sollten wir auch sicher sein, dass die Aufgaben einen Mehrwert generieren und nicht nur Kosten verursachen. Hierzu stellen sich uns einige Fragezeichen, was die Aussagekraft und Verlässlichkeit der Berichte sein wird. Ob die Annahmen sich mit zukünftigen Steuererträgen, die den Berichten zugrunde liegen, dann auch realisieren lassen, ist schwer abzuschätzen. Aussagen über zukünftige Entwicklungen sind von Natur her mit grossen Unsicherheiten behaftet. Im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung von Grossprojekten, bei denen auch gesellschaftliche, ökologische und verkehrstechnische Aspekte betrachtet werden, erachten wir es aber als wertvoll, auch die langfristigen finanziellen Auswirkungen einfließen zu lassen. Die Mitte-GLP-Fraktion wird das Postulat deshalb ebenfalls unterstützen. Lassen sich mich aber klarstellen, die Steuerkraft, welche ein Grossprojekt verspricht, ist für die Mitte-GLP-Fraktion lediglich ein Kriterium unter vielen. Wir setzen uns für ein vielfältiges Adliswil ein, in dem alle Gesellschaftsschichten willkommen sind, heute und auch in Zukunft.

Daniel Schneider (GP)

Die Forderung nach einem Instrument zur Prüfung der finanziellen Auswirkung auf die höhere Ausnützung bei grossen Bauprojekten, scheint auf den ersten Blick sinnvoll. Denn die bauliche Verdichtung bedeutet mehr Bewohnerinnen und Bewohner auf dem gleichen Stück Land. Das bringt eine zusätzliche Belastung der Infrastruktur und somit auch eine gewisse finanzielle Belastung. Dieser Effekt spielt vor allem dann, wenn bisher unbebautes und somit unbewohntes Land bebaut wird. Wird eine bestehende Siedlung verdichtet, fällt die zusätzliche Belastung viel weniger ins Gewicht. Im Isengrund z.B. sind 15 zusätzliche Wohnungen geplant, auf dem SwissRe-Areal an der Rifertstrasse hingegen sollen 235 Wohnungen entstehen. Wird zudem ein bereits bestehendes Quartier verdichtet, braucht es meist keinen Ausbau von Strassen und öffentlichem Verkehr. Das ist ja meistens bereits vorhanden.

Ob dieses Postulat nicht ein Bürokratiemonster schaffen wird, bleibt fraglich und wir sind gespannt, wie der Stadtrat es umsetzen will. Wir werden uns jedoch vehement dagegen wehren, dass nur noch hochpreisiger Wohnraum geschaffen wird. Es braucht eine gute soziale Durchmischung in den Quartieren, und es darf nicht sein, dass durch Verdichtungsprojekte immer mehr günstige Wohnungen abgerissen und durch hochpreisige ersetzt werden. Bauprojekte haben nämlich nicht nur finanzielle, sondern auch soziale und ökologische Auswirkungen.

Für uns ist eine Gewährleistung, beim verdichteten Bauen auf ökologische Aspekte zu achten, viel wichtiger und ein Begrünungskonzept ist bei solchen Projekten in Zukunft unerlässlich. Aber schlussendlich ist die Verdichtung von bestehenden Siedlungen dem Zubauen von verbleibenden Freiflächen immer vor zu ziehen.

Wir warten gespannt auf die Aussagen des Ressorts Finanzen, welches durch den Stadtrat hinzugezogen wird, wie er in seinen Erwägungen ausführt.

Ratspräsident Simon Schanz

Da kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, ist das Postulat gestützt auf Art. 81 Abs. 2 GeschO GGR dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

6. Ist Adliswil bald zugebaut? (GGR-Nr. 2021-308)

Interpellation von Marianne Oswald (GP), Daniel Schneider (GP) und Angela Brogini (GP) vom 24. November 2021

Marianne Oswald (GP)

Wie alle hier wissen, wurde in den letzten Jahren sehr viel gebaut in Adliswil, und wird immer noch fleissig weiter gebaut.

Wir wollten nun konkret wissen, wie viel "grüne Wiese", sprich vorher unbebautes Land denn genau überbaut wurde, weil das auch eine Entscheidungsgrundlage sein kann für zukünftige Projekte. Und in der Tat ist die Zahl beeindruckend: Seit 2002 sind 19,3 ha neu überbaut worden, das sind 193'000 m² oder ca. 27 Fussballfelder. Und der Boom hält an: in den nächsten Jahren sind nochmals 13,1 ha geplant, um überbaut zu werden, also 131'000 m² oder rund 18 Fussballfelder. Und das alleine in unserem doch nicht so riesigen Adliswil.

Es ist also eine enorme Zunahme an versiegelter Fläche zu verzeichnen. Das hat Folgen bei der Wasserversickerung, der Biodiversität, der Überhitzung im Siedlungsgebiet. Um von den finanziellen und sozialen Auswirkungen noch gar nicht zu sprechen. Wir bitten euch, diese Zahlen im Kopf zu behalten, wenn es um zukünftige Überbauungen von Grünflächen geht.

Leider wurde unsere Frage, was der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen, speziell in der Sunnau, für die betroffenen Bauernhöfe bedeutet, nicht beantwortet. Ich kann es euch sagen: für den Tüfihof – den einzigen verbliebenen Bauernhof in Adliswil, den einzigen Ort, wo man lokal in Adliswil produzierte Lebensmittel beziehen kann – für den Tüfihof ist die Sunnau als Weideland existenziell. Der Stadtrat schlägt vor, die Kühe am Albishang weiden zu lassen. Aber wir fragen uns, wie realistisch es ist, die Kühe jeden Tag mitten durch Adliswil zutreiben, damit sie dort oben weiden können.

Etwas erstaunt, aber auch erfreut sind wir ab der Aussage, dass die Sunnau frühestens in 10 Jahren überbaut werden soll. Laut GIS-Browser soll die Sunnau, Stand 2019, 2024 baureif sein. Wir hätten es sehr geschätzt, wenn der Stadtrat uns aktu-

elle Informationen hätte liefern können. Wir sind jedoch erleichtert, dass zurzeit offenbar noch nichts Konkretes geplant ist, und werden sicher auch weiterhin genau hinschauen.

Sebastian Huber (SVP)

Mit Ihrer Interpellation möchten die Grünen eine Übersicht über die Zunahme der versiegelten Flächen in Adliswil. Das Thema, welches hier aufgegriffen wird, ist momentan in aller Munde. Das Thema Stadtentwicklung beschäftigt ja nicht nur die Grünen, sondern ist im Interesse aller politischen Akteure in Adliswil. Wie soll Adliswil in Zukunft wachsen und welchen Herausforderungen müssen wir uns stellen, damit die Stadt in einem gesunden Masse wachsen kann, ohne, dass die Lebens- und Wohnqualität abnimmt.

Zusätzlich zu den angesprochenen Themen in der Interpellation, hängt eine gesunde Stadtentwicklung auch von den realisierten Bauten und deren Qualität ab. Leider sind bei vielen Neubauten in Adliswil wichtige Punkte vergessen gegangen. Zum Beispiel nicht nur Beton, sondern auch Grünflächen innerhalb der Neubauten.

Das Konzept, möglichst viel Wohnraum für wenig Geld, geht sicher nicht auf. Ich stimme hier absolut zu, dass es sinnvoll ist, Grünflächen in Adliswil zu schützen. Das Thema ist aber wesentlich komplexer und nicht mit einer Verbotsinitiative wie der Bodeninitiative zu lösen.

Hier ist ein klares und werterhaltendes Gesamt-Stadtentwicklungskonzept von Nöten, damit die Lebensqualität auch für die zukünftigen Generationen gesichert ist. Dass es in Zukunft in Adliswil auch noch Grünflächen hat, sollte nicht den Grünen überlassen sein, sondern alle Parteien sollten sich für eine gesunde Stadtentwicklung und den sinnvollen Erhalt der Grünflächen einsetzen, um die Lebensqualität in Adliswil zu erhalten. Aus Interesse an Adliswil und nicht motiviert durch eine starre Klimawandel-Ideologie.

Noch eine Bemerkung zur Aussage, dass nicht mehr Infrastruktur benötigt wird, wenn verdichtet wird. Es macht doch einen Unterschied, ob wir in einem Adliswil wohnen mit 20'000 Einwohnern, oder ob Adliswil 30'000 Einwohner hat. Das hat doch garantiert Auswirkungen auf die Infrastruktur, Verkehr, Strassen, Abwasser etc. Wir sollten uns vielleicht in Adliswil die Grundfrage stellen, wohin wir wollen. Ob wir zu einer kleinen Grossstadt mutieren wollen mit 30 oder 40'000 Einwohnern oder ob wir mit 20'000 Einwohnern die Qualität, die wir jetzt haben, garantieren können. Ich bin überzeugt, wir sind nicht nur denen verpflichtet, die neu nach Adliswil ziehen, sondern auch denen, sie schon lange in Adliswil wohnen und für Adliswil, wie es jetzt ist, einen Beitrag leisten. Seien es die Einwohner, die Wirtschaft oder auch die zukünftigen Generationen.

Hanspeter Clesle (EVP)

Uns ist der Zweck dieses Vorstosses unklar. Was will mit den Antworten verfolgt werden? Welchen Gewinn hat die Stadt Adliswil davon? Beispielsweise wäre auch interessant, wieviel unbebaute Fläche Adliswil zurzeit ausweist. Wahrscheinlich ist dieser Vorstoss reine Wahlpropaganda für die Erneuerungswahlen vom 27. März 2022. Was schade um alle Aufwendungen der Stadtverwaltungen wäre.

Zum Inhalt ist festzuhalten, dass die Stadt Adliswil zur Agglomeration der Grossstadt Zürich gehört. Wir sind nun einfach nicht irgendwo weit ab vom Zentrum, sondern

Teil der grössten Agglomeration der Schweiz. Deshalb finde ich es immer etwas seltsam, wenn man dann den Anspruch hat, dass es hier dann plötzlich ganz viel Landwirtschaft haben soll. Will man nun Urbanität oder will man Landleben? Beides geht einfach nicht. Immerhin, und das halte ich für wichtiger, haben wir viele richtige Naherholungsgebiete: Kopfholz, Sihltal, Albis usw. Das Gebiet Sunnau, welches insbesondere in der Interpellation genannt wird, ist in W3 und WG Wohnzonen aufgeteilt. Will höher und/oder verdichteter gebaut werden, muss ein Gestaltungsplan erstellt werden, welcher vom Grossen Gemeinderat bewilligt werden muss. Über eine solche Überbauung wird hier also im Rat befunden und man könnte auch das Referendum ergreifen. Siehe Privater Gestaltungsplan Isengrund, welcher gerade zurzeit in der Sachkommission vorberaten wird.

Was aber sicher aus der Beantwortung der Interpellation gewonnen werden kann ist, dass bei einer Umzonung nicht gleich die Bagger auffahren und das neueingezonte Gebiet überbaut wird. Das Beispiel Sunnau zeigt, dass die Umzonung mehr als 20 Jahre her ist und es ist noch nicht gebaut worden. Das müsste eigentlich Balsam und ein "Beruhigungspilleli" sein für alle, die in Hinblick auf die Abstimmung der Umzonung im Lätten übersäuern.

Marianne Oswald (GP)

Es wurden ein paar Sachen vermischt. Hier geht es nicht um das verdichtete Bauen, sondern um die Grünflächen, welche neu überbaut wurden. Deine Antwort Sebastian, hat sich wohl auf das Postulat des letzten Traktandums bezogen. Unsere Aussage dazu lautet: es macht einen Unterschied, ob bereits bebautes Land verdichtet wird, wie es im Isengrund geplant ist und wo 15 neue Wohnungen entstehen sollen, oder ob Land überbaut wird wie an der Riffertstrasse, auf dem Land der Swiss Re, das zwar auch in der Bauzone liegt, aber bis jetzt nicht überbaut war. Dort sollen 235 neue Wohnungen entstehen. Was es dort dann an neuer Infrastruktur braucht, macht doch einen grossen Unterschied. Wenn das 20igfache verbaut wird, kommen logischerweise viel mehr Leute, braucht es viel mehr Platz für Schulkinder und man muss diese Infrastruktur bieten.

Zu den unbebauten Flächen gibt es eine Interpellation aus ca. 2016 von Mario Salomon, die sich der Baulandreserven widmete. Ich schaue schon, dass die Stadtverwaltung nicht unnötig Arbeit hat. Ich finde es schon relevant zu sehen, wieviel Grünfläche überbaut wurde in den letzten Jahren. Das ist eine wichtige Aussage.

Auch fordern wir nicht, dass in Adliswil plötzlich sieben Bauernhöfe entstehen sollen. Wir haben in Adliswil genau noch einen Bauernhof, welcher auch ein Erlebnishof ist, er bietet etwas für die Kinder, welche in der Stadt leben und keinen Bezug mehr haben zur Landwirtschaft. Ich finde, dieser Bauernhof hat eine sehr wichtige Funktion. Uns ist bewusst, dass die Sunnau Bauland ist und darum fragen wir, ob es überhaupt eine Möglichkeit gibt, das Land zu erhalten.

Sebastian Huber (SVP)

Natürlich ist es sinnvoll verdichtet zu bauen, statt neue Grünflächen zu überbauen, wenn der Fokus auf den Grünflächen liegt. Aber vorher ist die Aussage gefallen, dass eine Verdichtung keinen Einfluss auf die Infrastruktur hat. Das ist natürlich nicht der Fall.

Selbstverständlich entsteht bei einer Verbauung eine grössere Beeinträchtigung der Umwelt, beziehungsweise der Grünflächen, welche dort dann fehlt.

Ihr stellt Euch jetzt dar, als seid Ihr die Retter der Landwirtschaft. Wenn es aber darum geht, die Bauern und Bäuerinnen zu unterstützen, oder alles zu kürzen, sieht es wieder anders aus. Zudem haben wir mit dem Leimbihof und dem Stockergut sehr wohl Bauernhöfe in der Nähe, wo schon ich als Kind erleben durfte, wie Landwirtschaft geht. Aber wir sind nun mal eine Agglomerations- und keine Land-Gemeinde und müssen mit diesen Auswirkungen leben. Wir müssen den Weg finden, unsere Flächen optimal für die Entwicklung unserer Stadt erhalten zu können oder wo möglich, zu verdichten.

Ratspräsident Simon Schanz

Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin